

„LIEBER  
GLEICHBERECHTIGT  
ALS SPÄTER“



**DAS  
FRAUENPROGRAMM  
DER KPÖ  
STEIERMARK**





**FRAUENPROGRAMM  
DER  
KPÖ STEIERMARK**



**„LIEBER  
*GLEICHBERECHTIGT*  
ALS SPÄTER“**

beschlossen am 22. November 2014

**DAS FRAUENPROGRAMM IST TEIL DES LANDESPROGRAMMS DER KPÖ STEIERMARK**

# INHALT

## 1

### DIE BEDEUTUNG GLOBALER ENTWICKLUNGEN FÜR FRAUEN 4

DIE KRISE UND IHRE FOLGEN	5
NEUE FORMEN DER FRAUENUNTERDRÜCKUNG	6
SEXHANDEL	7
ALTE DENKMUSTER	7
EU, EINE KONSTRUKTION IM INTERESSE DER EIGNER VON BANKEN UND KONZERNEN	7
FREIHEIT FÜR DIE STARKEN	7
DER EURO ALS PEITSCHEN FÜR DEN SOZIALBAU	7
RAUS AUS DER EU	8
MILITARISIERUNG DER GESELLSCHAFT	8
TERROR ALS VORWAND	8
FRAUEN AM RANDE DER GESELLSCHAFT	9
INTERNATIONALE FRAUENSOLIDARITÄT	9
<b>UNSERE ORIENTIERUNG</b>	<b>9</b>

## 2

### FÜR DAS RECHT AUF ARBEIT UND BILDUNG 13

ARBEIT, EINKOMMEN UND SELBSBESTIMMUNG	13
DER VERDRÄNGUNGSPROZESS	14
PREKÄRE BESCHÄFTIGUNG	14
ARBEIT IST GENUG DA	15
BILDUNGSPOLITIK IM WIDERSPRUCH	15
SCHULE ALS ORT DER BILDUNG	15
GLEICHE CHANCEN IM BERUF	16
GELD IST GENUG DA	16
<b>UNSERE ORIENTIERUNG</b>	<b>17</b>

## 3

## VOM SOZIALEN RISIKO, FRAU ZU SEIN 19

PARTRIARCHALE STRUKTUREN	21
HAUSARBEIT, PARTNERSCHAFT, ARBEITSTEILUNG	21
GEWACHSENE ANSPRÜCHE	22
FAMILIE IM WANDEL	23
FAMILIENPOLITIK UND KINDERBETREUUNG	23
KINDERBETREUUNG AUCH IM 21. JAHRHUNDERT UNBEFRIEDIGEND	23
EIN KREISLAUF VON DISKRIMINIERUNGEN	24
EIN NEUER ANLAUF ODER ALTERSARMUT?	24
TENDENZ ZUM AUSSCHLUSS	25
KAMPF UM DEN SOZIALSTAAT IN DER KRISE	25
<b>UNSERE ORIENTIERUNG</b>	<b>25</b>

## 4

## FÜR EINE NEUE KULTUR DES ZUSAMMENLEBENS 27

FORMEN DER GEWALT	28
DIE WIRKUNG DER BILDER	28
FÜR DAS RECHT AUF SEXUELLE SELBSTBESTIMMUNG	30
SELBSTBESTIMMTE REPRODUKTION	30
GESCHLECHTERGERECHTE GESUNDHEITS- UND KRANKENVERSORGUNG	31
VOM AUFBRUCH DER FRAUBEWEGUNG	31
GEMEINSAM SIND WIR STARK	32
WACHSENDE KONKURRENZ DURCH NEOLIBERALE STRUKTUREN	33
FRAUEN ZU BEGINN DES 21. JAHRHUNDERTS	33
<b>UNSERE ORIENTIERUNG</b>	<b>33</b>

## 5

## FRAUENKAMPF IM SPANNUNGSFELD POLITISCHER INTERESSEN 35

DIE DISKUSSION UM QUOTIERUNGEN	35
DAS SELBSTVERSTÄNDNIS DER KPÖ	36
MARXISMUS - FEMINISMUS	37
<b>UNSERE ORIENTIERUNG</b>	<b>39</b>
<b>STÄRKE DURCH FRAUENSOLIDARITÄT</b>	<b>39</b>

## KAPITEL 1

# DIE BEDEUTUNG GLOBALER ENTWICKLUNGEN FÜR FRAUEN

## DIE KRISE UND IHRE FOLGEN

Frauen machen mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung aus. Laut Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen leisten Frauen zwei Drittel der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, erhalten aber nur zehn Prozent des weltweiten Einkommens und besitzen 0,98 Prozent des Eigentums. Mehr als zwei Drittel der Armen auf der Welt sind Frauen. Diese nüchternen Angaben der UNO verdeutlichen ökonomische und patriarchale Machtverhältnisse als globales Problem.

Gab es in der Vergangenheit bereits Ansätze, patriarchale Vormacht zurückzudrängen, so werden diese seit der Vertiefung der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2007/2008 aufgegeben. Unter dem Vorwand der Krisenbekämpfung fallen sie einer verschärften neoliberalen Wirtschaftspolitik zum Opfer, die auf einer Gesellschaftstheorie beruht, die Profit, Globalisierung und Konkurrenz zur obersten Maxime erhebt.

Dass das kapitalistische System regelmäßig zu Krisen führt, wird gerne verschwiegen. Stattdessen wiederholen Politiker und Medien gebetsmühlenartig, die Gier einiger und die angebliche Großzügigkeit der Sozialstaaten habe dazu geführt, dass die Menschen in Europa „über ihre Verhältnisse gelebt“ hätten. Zugleich werden Wirtschafts- und Bankeliten in ihren Forderungen nach Sozialabbau und Enteignung der Massen unterstützt.

Unter den ersten Opfern dieser Politik sind Frauen. Sie sind aufgrund ihrer Lebenszusammenhänge meist in besonderem Maße auf ein funktionierendes Sozialsystem angewiesen. Die

zunehmende Einschränkung sozialstaatlicher Leistungen führt dazu, dass Versorgungs- und Reproduktionsarbeiten (wie z.B. Haushaltsarbeit, Kinder versorgen und erziehen, alte und kranke Familienmitglieder pflegen und ihr Leben teilen, nachbarschaftliche Unterstützung und Fürsorge) immer öfter von den Betroffenen und ihren Angehörigen selbst geleistet werden müssen. Diese Leistungen werden jedoch in keiner Statistik sichtbar, weil überwiegend Frauen sie unbezahlt und auf Selbsthilfebasis sowie oft auch unter dem Deckmantel der „Ehrenamtlichkeit“ erbringen.

Der Kapitalismus baut auf Wirtschaftswachstum und Profitmaximierung. Das führt periodisch immer wieder zu Überproduktionskrisen. Kapital, das in der Produktion nicht mehr profitabel eingesetzt werden kann, wird in künstlich geschaffene Finanzanlagen investiert. Die große Konzentration von Geldvermögen auf den Finanzmärkten löst deren Zusammenbruch aus. Um weiter Profite erwirtschaften zu können, pressen Banken und Konzerne Bevölkerung und Beschäftigte immer intensiver aus. Das Erstarken nationalistischer, religiös-fundamentalistischer Bewegungen, biologistischer<sup>1</sup> oder antifeministischer Ideologien und die Zunahme extrem frauenfeindlicher neofaschistischer, rechtsradikaler Tendenzen werden bewusst unterstützt um von den Profiteuren abzulenken. Damit soll eine Entsolidarisierung, Spaltung und Schwächung der Gesellschaft erreicht werden. Dem Überlebenskampf ausgeliefert, versuchen immer mehr Frauen als Einzelkämpferinnen ihr Schicksal zu meistern. Für den solidarischen Einsatz im Kampf um gemeinsame Ziele fehlt vielen die Kraft.

Nach dem Platzen immer neuer Spekulationsblasen wird die Politik mehr denn je von eini-

<sup>1</sup>Mit biologischen Mustern erklärte Unterschiede zwischen Männern und Frauen bzw. Menschen unterschiedlicher Hautfarbe oder Herkunft.

gen wenigen monopolistischen Finanz- und Industriegiganten beherrscht und bestimmt. Die Spekulationsverluste der einen sind die Gewinne der anderen. Die Verluste der Großanleger werden anonymisiert als Verluste jener Banken dargestellt, die für sie diese Geldvermögen verwaltet haben.

Als seien Banken Allgemeingut, erklärt sie die Politik zu „systemrelevanten“ Instituten, deren Verlust die Allgemeinheit zu kompensieren habe. Staaten werden instrumentalisiert, um in groß angelegten Bankenrettungsaktionen Geld in die Kassen der Vermögenden zurückzuspülen. Über Steuererhöhungen und Kürzungspakete wird das Geld für diese enormen Ausgaben bei der arbeitenden oder erwerbslosen Bevölkerung und den PensionistInnen eingetrieben. Während Gewinne privat bleiben, werden Verluste sozialisiert.

Staatliche Regulierung, internationale Finanz- und Währungsinstitutionen (wie Weltbank, Internationaler Währungsfonds oder Europäische Zentralbank) und der Abbau regionaler Strukturen dienen den Interessen der Vermögenden und nicht den Interessen der Allgemeinheit. Global Player gewinnen auf allen Ebenen an Einfluss. Heuschrecken gleich, vernichten sie demokratische und umweltverträgliche Strukturen, kaufen Gesetze, unterwerfen Sozialwesen, Infrastruktur, Bildung, Wissenschaft und Forschung u.a. den alleinigen Profitinteressen.

In den Zentren des Kapitalismus sind Reichtum und Macht zusammenge-

ballt. Mit Verschwendung und Luxus steigt jedoch zugleich die Armut, die vor allem weiblich ist: Frauen verdienen weniger, sind überproportional von Erwerbslosigkeit und Sozialabbau betroffen und im Alter oftmals ohne ausreichende Versorgung. Privatisierungen von staatlichen und kommunalen Leistungen sowie Abbau von gewerkschaftlichen Rechten und arbeitsrechtlichen Absicherungen sind an der kapitalistischen Tagesordnung.

Während Erwerbslosigkeit und Armut bis weit in die gesellschaftliche Mittelschicht hinein zunehmen, wachsen Reichtum und Verschwendung einer kleinen Elite von Kapital-, Grund- und Bodenbesitzern ins Unermessliche. Von der weltweit einen Milliarde in absoluter Armut lebenden Menschen sind mehr als 70 Prozent Frauen (UNO-Bericht über die menschliche Entwicklung, 2012), während eine kleine Gruppe Vermögender – hauptsächlich Männer - weltweit 90 Prozent des in Geld gemessenen Kapitals kontrollieren.

Frauen und Mädchen können sich in vielen Teilen der Welt nicht nach ihren Vorstellungen und Potenzialen entwickeln. Für sie gilt das Allgemeine Menschenrecht auf ein Leben in Würde und Unversehrtheit nicht.

## NEUE FORMEN DER FRAUEN-UNTERDRÜCKUNG

Die Unterdrückung der Frau hat neue Formen angenommen, sowohl im „Westen“ als auch in anderen Teilen

der Welt sind Frauen mit diesen neuen Formen der Unterdrückung konfrontiert. Feministische Zielorientierungen von wirtschaftlicher Unabhängigkeit, Berufskarrieren und Autonomie von Frauen scheinen sich zunächst mit den zentralen Dogmen der neoliberalen Marktwirtschaft wie Eigenverantwortung, Selbstständigkeit, Konkurrenzbereitschaft und UnternehmerInnentum zu treffen. Mangels Alternative oder weil sie diesem Mythos auf den Leim gehen, finden sich viele Frauen als sich selbst ausbeutende „Unternehmerinnen“ wieder. Da sie aber häufig kaum mit Kapital ausgestattet sind, haben sie meist keinen Einfluss darauf, wie sie als Ressource genutzt und in die kapitalistische Verwertung auf den globalen Märkten einbezogen werden.

Die als „Empowerment“ bezeichnete ökonomische Unterstützung bei der Scheinselbstständigkeit durch Mikrokredite und andere Marktinstrumente gibt Frauen keine Macht, ökonomische und soziale Verhältnisse anders zu gestalten. Sie dient lediglich dazu, sowohl die Konkurrenz als auch die Effizienz auf den Märkten zu steigern. Der Traum von der Handlungsfreiheit der „emanzipierten Unternehmerin“ ist rasch ausgeträumt. Was bleibt, ist oft kaum mehr als eine prekäre Existenz. Nur auf der Basis struktureller gesellschaftlicher Änderungen kann die ökonomische Benachteiligung von Frauen grundlegend beseitigt werden.



## SEXHANDEL

Eine andere Form der Frauenunterdrückung offenbart sich im Sexhandel. Europa ist einer der größten Umschlagplätze des Frauenhandels. Frauen aus Osteuropa, Afrika, Asien und Lateinamerika werden Jobs als Kellnerin oder Tänzerin versprochen, doch im Ankunftsland werden viele sexuell ausgebeutet. Andere Frauen suchen einen Ausweg in der sogenannten „freiwilligen“ Prostitution: Sie sehen in einer Ehe mit einem ausländischen Mann den einzigen Ausweg aus Hoffnungslosigkeit und Armut.

## ALTE DENKMUSTER

In industrialisierten Staaten knüpfen Menschen wieder an alte Denkmuster an. Vermehrt gehen Frauen schlecht bezahlte Teilzeit-Beschäftigungsverhältnisse ein und biologistische Vorstellungen über das Frau-Sein gewinnen zunehmend die Oberhand. So kommt es in industrialisierten Ländern zu rückläufigen Tendenzen in der rechtlichen und gesellschaftlichen Stellung von Frauen, wie z.B. dem Abtreibungsverbot oder der zunehmenden Wochenendarbeit.

Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Länder haben Frauen dort begonnen, sich an „traditionellen“ Vorstellungen festzuklammern. Aus dem Arbeitsmarkt gedrängt, finden sich viele an Heim und Herd wieder, konfrontiert mit Bildern der „perfekten“ Frau oder der Vorstellung einer „perfekten“ Frau.

## EU, EINE KONSTRUKTION IM INTERESSE DER EIGNER VON BANKEN UND KONZERNEN

Seit 1995 ist Österreich Mitglied der Europäischen Union. Zuvor wurde in einer beispiellosen Kampagne, einer Mischung aus Versprechungen und Drohungen, Stimmung für den Beitritt gemacht. Inzwischen ist der Lack abgeblättert. Privatisierung von öffentlichem Eigentum, Lohnverlust, Sozialabbau, Arbeitslosigkeit, Euro- und Bankenrettungspakete haben die Lebensbedingungen für die Mehrheit der Menschen, insbesondere für Frauen, massiv verschlechtert, während die Vermögenden reicher und mehr geworden sind.

## FREIHEIT FÜR DIE STARKEN

Mit den vertraglich abgesicherten vier Grundfreiheiten der EU (freier Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr) wurde der neoliberale Wirtschaftskurs beschleunigt. Mit der Freiheit des Kapitals, der Öffnung der Märkte, dem Abbau von Kontrollen und Handelshemmnissen wurde der Konkurrenzkampf zwischen den europäischen Staaten befeuert. Frei von Beschränkungen, nicht mehr durch Schutzmechanismen (z.B. Zölle) behindert, können die starken Wirtschaften, allen voran Deutschland, auf Kosten der schwächeren Konkurrenz profitieren.

## DER EURO ALS PEITSCH FÜR DEN SOZIALABBAU

Mit der Einführung des Euros, der Staaten unterschiedlicher wirtschaftlicher Voraussetzungen in eine gemeinsame Währungszone zwingt, haben schwache Wirtschaften das Schutzinstrument der Abwertung der Landeswährung verloren. Damit sind diese Länder noch mehr der Übermacht der starken Wirtschaften ausgeliefert.

Das alles hat massive Auswirkungen auf das Leben der Mehrheit der Menschen. Privatisierung wurde zum Dogma erhoben, Volksvermögen in Milliardenhöhe verscherbelt. Arbeitsplatzverlust und Lohndruck sind die Folge. Außerdem fehlen nun die Einnahmen aus den Staatsbetrieben in der Staatskasse. Mit dem Argument, konkurrenzfähig sein zu müssen, werden soziale Standards in allen Mitgliedsländern untergraben, die Sozialsysteme ausgehöhlt. Wirksame Programme zur Bekämpfung von Erwerbslosigkeit werden am Altar der „Maastricht-Kriterien“ geopfert.

Während die Löhne und Gehälter seit dem EU-Beitritt real gesunken sind und Pensionserhöhungen oft nicht einmal mehr die Teuerungsrate abgelten, steigt das Einkommen aus Besitz an Produktionsmitteln und Vermögen. Die Steuern für Superreiche und Konzerne werden EU-weit gesenkt, Österreich ist in Sachen Vermögensbesteuerung Schlusslicht.

## RAUS AUS DER EU

Die EU ist eine Konstruktion im Interesse der Banken und Konzerne. Der ganze Bauplan der EU, der in den EU-Verträgen festgeschrieben ist, dient dazu, den neoliberalen Kapitalismus zu vertiefen. Frauen sind von den vielfältigen Verschlechterungen durch die Mitgliedschaft in der EU oft in besonderem Ausmaß betroffen. Deshalb treten die Frauen der KPÖ Steiermark dafür ein, den Austritt aus der EU auf die Tagesordnung der politischen Diskussion zu setzen. Solange Frauen jedoch im Konstrukt der EU leben, gilt es, auch innerhalb der EU Frauenallianzen zu suchen, um der Verschlechterung der Situation der Frauen Grenzen zu setzen. Eine Wirtschaftsordnung, in der Menschen und nicht Profite zählen, in der Neutralität und Friedenspolitik Gewicht haben, ist mit der Konstruktion der EU nicht vereinbar.

## MILITARISIERUNG DER GESELLSCHAFT

Neue Kommandostrukturen in der EU zielen auf Interventionseinsätze und militärische Repressionen ab. Vor dem EU-Beitritt Österreichs versprachen RegierungspolitikerInnen den Fortbestand Österreichs als neutraler Staat. Entgegen den Versprechungen wurden bereits die Weichen für die Abschaffung der – verfassungsmäßig verankerten – immerwährenden Neutralität gestellt. In der 2013 beschlossenen „Sicherheitsstrategie“ erklärten SPÖ, ÖVP und FPÖ ihr ausdrückliches Bekenntnis zur Teilnahme an der EU-Militarisierung

„in allen ihren Dimensionen“. Diesem Papier zufolge soll Österreich als Mitglied der EU die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) aktiv mitgestalten und sich an allen EU-Militärmissionen sowie an allen strategischen EU-Rüstungsprojekten beteiligen.

Für Auslandseinsätze werden bereits seit einigen Jahren österreichische Soldatinnen und Soldaten im Rahmen sog. „Battlegroups“ ausgebildet. Diese sollen flexibel und innerhalb kürzester Zeit für Einsätze im Umkreis von 6000 Kilometern rund um Brüssel zur Verfügung stehen. Nach Artikel 222 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU sind sie auch für Einsätze im Innern der EU gedacht. Dies könnten z. B. Großdemonstrationen oder Streiks von ArbeiterInnen in den europäischen Ländern aufgrund brutaler Sparmaßnahmen und massiver Verschlechterungen von Arbeitsbedingungen sein. Militärische Interventionen außerhalb Europas sollen dazu dienen, Ressourcen (Energie, Rohstoffe, Arbeitskräfte), Transportwege und Märkte für europäische Konzerne zu sichern.

Die Beteiligung österreichischer SoldatInnen an internationalen Militäreinsätzen wird die Österreicherinnen und Österreicher ökonomisch und sozial schwer belasten. Hinzu kommt, dass es Österreich dann nicht mehr möglich ist, Beiträge zum Aufbau eines wirksamen Systems der europäischen und internationalen Sicherheit zu leisten, die auf Vertrauensbildung, Abrüstung und Entmilitarisierung beruhen.

Auch scheinbar zivile Entwicklungen können Türöffner für weitere Militarisierung sein. So wird mit dem Projekt „Single European Sky“ (SES) die europaweite Zentralisierung der Luftraumüberwachung und damit die schleichende Aushöhlung der Souveränität der EU-Staaten vorangetrieben. Einzelstaatliche Interessen können bald nicht mehr wahrgenommen werden. So hätte das neutrale Österreich bei einem Verzicht auf eine eigene Luftraumüberwachung keine Möglichkeit mehr, Verletzungen seines eigenen Luftraums zu kontrollieren und müsste sich mit einer stillschweigenden Eingliederung in den NATO-Luftraum abfinden.

Die österreichische Neutralität hat in der Vergangenheit dazu beigetragen, ein aggressionsfreies Zusammenleben zwischen Staaten zu fördern. Die internationale Abrüstung muss wieder vorangetrieben werden. Die KPÖ-Frauen werden sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für den österreichischen Neutralitätsstatus und gegen eine Teilnahme an der EU-Militarisierung einsetzen.

## TERROR ALS VORWAND

Die Bewahrung von Machtstrukturen der Herrschenden wird als Wahrung des allgemeinen Friedens und der Gerechtigkeit getarnt. An der Mehrheit der Menschen vorbei werden Gesetze verabschiedet, die den Einfluss von Konzernen bis in den intimsten Privatbereich diktieren. Vernetzter Widerstand soll im Keim erstickt wer-

den. Die politischen wie militärischen Konsequenzen als Reaktionen auf die Anschläge auf strategische Ziele in den USA vom 11. September 2001 sind nur ein Beispiel dafür. Vor diesem Hintergrund werden Überwachungsmethoden (Kameras, Rufdatenaufzeichnungen, internationaler Austausch privater Daten...) legitimiert, die den Demokratieabbau beschleunigen und die Privatsphäre verletzen.

## FRAUEN AM RANDE DER GESELLSCHAFT

Ohne billige Rohstoffe, Arbeitskräfte und offene Märkte der sog. „Dritten Welt“ könnten die Großkonzerne der kapitalistischen Zentren ihre enormen Profite nicht aufrechterhalten. In einigen Schwellenländern, die Investitions- und Profitobjekte transnationaler Konzerne sind, konnten zwar einzelne Bevölkerungsgruppen ihre wirtschaftliche Position verbessern, insgesamt befinden sie sich aber in fast völliger Abhängigkeit vom internationalen Finanzkapital. Nationalistisch, ethnisch, religiös begründete und gewalttätig ausgetragene Konflikte im Interesse des Kapitals sowie die zunehmende Zerstörung der Umwelt verschärfen die Lebenssituation der Frauen: Millionen befinden sich auf der Flucht, vegetieren in Lagern, auf Müllhalden oder in den Elendsvierteln der Metropolen. Dies ist oft verbunden mit Hunger, Krankheit, Elend und härtestem Überlebenskampf für sich und ihre Kinder.

## INTERNATIONALE FRAUENSOLIDARITÄT

Der Versuch der Herrschenden, die Verantwortung für Gesundheit oder Krankheit, Beschäftigung oder Arbeitslosigkeit, mangelnden Zugang zu Bildung, für Armut und negative gesellschaftliche Entwicklungen den Einzelnen in die Schuhe zu schieben, soll die Solidarität unter den Betroffenen zerschlagen und ihren Widerstand gegen Fehlentwicklungen schwächen. Es gilt, diese Entsolidarisierungsversuche bewusst zu machen und gegenzusteuern. Das Gemeinsame und nicht das Trennende muss gestärkt werden.

Wenn auch die Bedingungen, unter denen Frauen heute in der Welt leben, sehr unterschiedlich sind, so zeigt sich doch immer wieder, dass Frauen ihre Benachteiligung nicht als naturgegeben oder schicksalhaft in einer Opferrolle hinnehmen wollen. Frauen sind bereit, aktiv für ihre Emanzipation einzutreten und ihr Schicksal öffentlich zu machen. Sie verschaffen sich Gehör, üben Druck auf Regierungen aus: Die Frauenbewegungen sind international ein wichtiger sozialer und politischer Faktor.

Die internationale Verständigung von ausgebeuteten, benachteiligten und unterdrückten Frauen muss fortgeführt und intensiviert werden. Basis aller gemeinsamen Bemühungen um mehr Frauengerechtigkeit stellt die internationale „Konvention zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frauen“ (CEDAW) dar. Bereits 1982

hat sich Österreich dazu verpflichtet, die darin enthaltenen Forderungen (z. B. Beseitigung von Diskriminierung von Frauen im Bildungsbereich, am Arbeitsmarkt und im Gesundheitswesen, Unterdrückung jeder Form des Frauenhandels, Gleichbehandlung in Verfahren vor Gericht, Gleichberechtigung von Frauen in Ehe und Familienrecht) umzusetzen und im Abstand von jeweils vier Jahren darüber zu berichten.

## UNSERE ORIENTIERUNG

„Der Friede bleibt erstes Menschenrecht und ist Voraussetzung für die Emanzipation der Frau, für sozialen Fortschritt und Demokratie“ (UNO-Weltfrauenkonferenz 1985). Abrüstung dient der globalen Sicherheit und setzt enorme materielle Mittel für dringend zu lösende Probleme wie Hunger, Umweltzerstörung, Armut, Krankheiten und Analphabetismus frei. Deshalb setzen wir uns gegen den Krieg und für weltweite atomare, biologische, chemische und konventionelle Abrüstung ein.

Wir nutzen alle Möglichkeiten, um die internationale Zusammenarbeit für Abrüstung und Friedenssicherung zu stärken. In diesem Sinne treten wir auch für den Austritt Österreichs aus der „NATO-Partnerschaft für

den Frieden“, den EU-Battlegroups, EURATOM und der sogenannten „Europäischen Verteidigungsagentur“ ein.

In Österreich kämpfen wir für die Beibehaltung der verfassungsmäßig garantierten immerwährenden Neutralität unseres Landes und gegen einen Beitritt zur NATO sowie gegen die Mitwirkung österreichischer Soldatinnen und Soldaten an EU-Battlegroups. Wir müssen verhindern, dass unsere Gesellschaft weiter militarisiert und zur Durchsetzung neokolonialer Interessen missbraucht wird. Versuchen, militärische Einheiten zur Zerschlagung von Demonstrationen gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Ausgrenzung einzusetzen, treten wir entgegen.

Wir lehnen die geplante Privatisierung und europaweite Zentralisierung der Luftraumüberwachung ab. Die Sicherung des Luftraums über Österreich muss in nationaler Verantwortung und unter der Kontrolle des österreichischen Staates bleiben. Die Souveränität Österreichs darf nicht ausgehöhlt werden.

Wir lehnen die Wehrpflicht für Frauen ab. Wir wehren uns gegen Bestrebungen, ein Berufs-

heer zu schaffen, und verlangen die Streichung der Ausgaben für offensive und repressive Militäreinsätze. Einsparungen beim Bundesheer sollen der Bekämpfung von Armut, Sozialabbau und der Entwicklungshilfe zugutekommen. Geld, das durch einen Ausstieg aus der NATO-Partnerschaft für den Frieden und den EU-Battlegroups frei wird, kann zur Stärkung von Frieden und Solidarität im Sinne der österreichischen Neutralität sinnvoll verwendet werden.

Wir sind solidarisch mit den Frauen in anderen Ländern die sich für eine neue, gerechte und humane Gesellschaft einsetzen und kämpfen mit ihnen gegen Ausbeutung, Rassismus, Sexismus und für die Verbesserung ihrer Lebensgrundlagen.

Wir leben Solidarität, indem wir uns auch im privaten Bereich für Frauenrechte und gegen Diskriminierung jeder Art und auf allen Ebenen einsetzen. Strukturen, die das Miteinander von Menschen unterstützen, sollen gefördert werden. Wir kämpfen gemeinsam mit allen, die sich für eine Gesellschaft einsetzen, die frei ist von Ausbeutung, Gewalt, Unterdrückung und Erniedrigung, über Parteigrenzen hinweg.

Wir kämpfen für eine Welt, in welcher die Arbeits- und Lebensinteressen der Mehrheit der Menschen im Mittelpunkt stehen. Wir orientieren uns an demokratischen, antifaschistischen Gesellschaftsentwürfen. Weiters richtet sich unser Engagement auf gerechte und ökologisch vertretbare internationale Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, die den sofortigen Erlass der Schulden der Schuldnerländer innerhalb und außerhalb Europas beinhalten. Entwicklungspolitische Projekte müssen dem Gesichtspunkt der Frauenförderung Rechnung tragen. Das erfordert die Bereitstellung entsprechender Mittel und deren Vergabe unter breiter demokratischer, öffentlicher Kontrolle.

Wir treten dafür ein, dass alle Menschen, unabhängig von Geschlecht und Herkunft, in ihrem sozialen Umfeld, am Arbeitsplatz und in allen anderen Lebensbereichen die gleichen Rechte genießen. Wir wenden uns gegen jede Form von Diskriminierung.

Wir fordern mehr Verantwortung der nationalen Politik im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit (EZA). Im Rahmen der EZA werden die Einhaltung von Frauen- und

Menschenrechten und ökologisch nachhaltige Formen des Wirtschaftens unterstützt.

Als Partei, deren Mitglieder aktiv am Kampf gegen den Hitlerfaschismus teilgenommen haben, bei dem auch viele Genossinnen ihr Leben lassen mussten, kämpfen wir gegen wiederauflebenden Faschismus und Rechtsextremismus sowie gegen Rassismus, Gewalt und Sexismus. In den verschiedenen Abschnitten der Geschichte - von der Gründung der KPÖ 1918 über den antifaschistischen Widerstand, die Auseinandersetzungen im Kalten Krieg bis heute - hatten und haben Genossinnen eine wichtige Rolle eingenommen.

Alle Leistungen der Daseinsvorsorge (wie z.B. Wasser, Energie, Öffentlicher Verkehr) sowie der sozialen und Gesundheitsversorgung sind von der öffentlichen Hand zu tragen und dürfen nicht privaten Investoren auf den globalen Märkten überlassen werden.





## KAPITEL 2

# FÜR DAS RECHT AUF ARBEIT UND BILDUNG

### **ARBEIT, EINKOMMEN UND SELBSTBESTIMMUNG**

Berufstätigkeit bedeutet für Frauen ökonomische Eigenständigkeit und Überwindung der privaten Isolation. Sie genießt in der weiblichen Lebensplanung und im gesellschaftlichen Wertesystem hohe Anerkennung und ermöglicht Selbstbestimmung und Selbstbestätigung. Erwerbsarbeit ist nicht nur eine Tätigkeit, um Geld zu erhalten, egal unter welchen Bedingungen oder mit welchen Inhalten. Arbeit

ist für die Persönlichkeitsentwicklung und für die gesamte Gesellschaft von zentraler Bedeutung.

Alle unversöhnlichen Klassengesellschaften haben gemeinsam, dass Menschen sich die Ergebnisse der Arbeit anderer Menschen aneignen – im Kapitalismus in Form der Lohnarbeit. In diesem System wird nur die Erwerbsarbeit tatsächlich wertgeschätzt. Traditionell wird die Reproduktionsarbeit den Frauen zugewiesen. Sie wird, solange sie in der Familie geleistet wird, nicht bezahlt und ist somit gesell-

schaftlich kaum geachtet. Begrenzte Zutrittsmöglichkeiten zum und schnellerer Rauschmiss aus dem Erwerbsarbeitsmarkt, niedrige Einkommen und geringe Karrierechancen sind die „Ausfallhaftung“ für potentielle Mutterschaft. Werden nicht ausreichend Betreuungsplätze für Kinder bereitgestellt, „verzichten“ meist Frauen auf die Berufstätigkeit. Sie scheinen nicht einmal in der Arbeitslosenstatistik auf. Charakteristisch für die weibliche Berufstätigkeit ist ihr unterbrochener Verlauf. Vereinbarkeit von „Beruf und Familie“ wird in der Gesellschaft aus-

schließlich als Problem von Frauen diskutiert. Für Migrantinnen trifft diese Situation verschärft zu.

Neue Technologien haben die Arbeitswelt gravierend verändert. Eine Folge kapitalistischer Anwendung neuer Technologien ist die wachsende Isolierung und Vereinzelung der Arbeitenden in der Erwerbsarbeit. Zudem kommt es zu veränderten arbeitsorganisatorischen Abläufen und zu enormen Rationalisierungen in allen Arbeitsbereichen. Das bedeutet, dass für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen immer weniger menschliche Arbeitszeit benötigt wird. So überrascht es nicht, dass unter den in den letzten Jahren zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätzen sehr viele Teilzeitarbeitsplätze sind.

Frauen sind im verschärften Wettkampf um rare Erwerbsarbeitsplätze und beruflichen Erfolg in vielfachem Maß Verliererinnen. Als „zweitklassige Arbeitskraft“ werden sie in Zeiten konjunkturellen Aufschwungs als Reservearmee in den Arbeitsmarkt geholt. Sie werden in die Familie zurückgeschickt, wenn kein Bedarf mehr besteht. Doch Erwerbslosigkeit ist die inhumanste Form der Arbeitszeitverkürzung.

## DER VERDRÄNGUNGSPROZESS

Die Jahre des Nachkriegskapitalismus waren geprägt von einem lang anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung, der Mitte der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts endete. Die darauf

folgende, bis heute andauernde Weltwirtschaftskrise ist eine besonders große und tiefe globale Überproduktionskrise. Nach dem gescheiterten Realsozialismus gelang es den Herrschenden, die Folgen der Krise fast völlig auf die Mehrheit der Menschen abzuwälzen. Die sozialen Zugeständnisse und Realloohnerhöhungen des sogenannten Sozialpartnerschaftlichen Klassenkompromisses wurden beendet. Seit dem EU-Beitritt sinken die Reallöhne und somit sinkt die Kaufkraft. Menschen, die mit niedrigen Einkommen entlohnt werden, unter denen sich traditionell die Mehrzahl der Frauen befindet, sind von den negativen Auswirkungen der Krise besonders betroffen.

Die Krise vertiefte sich 2007/2008. Aktienkurse und Profite einiger Großkonzerne und Großbanken stiegen enorm. Andere erlitten Verluste, wurden als „systemrelevant“ bezeichnet und werden mit unseren Steuergeldern „gerettet“. Im Gegenzug erpressen Finanzhaie die Staaten, ihre Sozialausgaben zu kürzen. Im Ergebnis sinken die Einkommen der Mehrheit der Menschen. Sowohl Erwerbsarbeitslosigkeit als auch Überstunden nehmen zu. Österreich verzeichnet wie alle EU-Staaten seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges einen Höchststand an erwerbslosen Menschen bei gleichzeitigem Rekord an Insolvenzen, Auslagerungen von Betrieben in kleinere und Kleinsteinheiten (z.B. sogenannte Ein-Personen-Unternehmen) und in Billiglohnländer.

In den 70er Jahren sind Frauen in qualifizierte Tätigkeiten und bessere

Positionen vorgedrungen. Heute zeigt sich, dass selbst bei qualifizierter Ausbildung oft keine angemessene Arbeit zu finden ist. Dadurch entsteht ein Verdrängungsprozess nach unten, der schließlich Frauen (aber auch Männer) mit der geringsten Ausbildung in die Erwerbsarbeitslosigkeit abschiebt. Die enorm gestiegene Produktivität im industriellen und Dienstleistungsbereich und die sinkenden Einkommen führen zur Verringerung der Arbeitsstunden und damit zum Abbau von bezahlten Arbeitsplätzen. Hinzu kommt, dass qualifizierte, aber billige Arbeitskräfte aus Nachbar- oder Entwicklungsländern, die dort keine Arbeits- und Lebensperspektive finden, diese auf dem österreichischen Arbeitsmarkt suchen. Umgekehrt verlegen Unternehmen ihre Produktion in jene Länder, in denen sie Märkte für ihre Produkte finden und/oder die eine Senkung ihrer Produktionskosten ermöglichen. So wird die Konkurrenz - auch die der Geschlechter - auf dem Arbeitsmarkt - verschärft.

## PREKÄRE BESCHÄFTIGUNG

Fast die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen arbeitet in prekären Beschäftigungsverhältnissen, ein bedeutend höherer Anteil als bei Männern. Das bedeutet: kein existenzsichernder Verdienst, höhere Arbeitsintensität, geringe Aufstiegschancen und keine oder unzureichende Kranken-, Arbeitslosen- und Altersvorsorge. Im Jahresmittel haben berufstätige Frauen um ca. ein Drittel weniger Einkommen als ihre männlichen Kollegen. Daher müssen



Frauen oftmals eine zweite Erwerbstätigkeit ausüben.

Die Tatsache, dass ein Teil der lohnabhängigen Frauen in die Erwerbsarbeitslosigkeit verdrängt wird, ein anderer in Teilzeit, Leiharbeit oder prekäre Beschäftigungsverhältnisse, wirkt auch auf jene Frauen zurück, die einen Vollerwerbsarbeitsplatz haben: Sie müssen sich meist mit niedrigeren Einkommen und geringen Aufstiegschancen abfinden.

## ARBEIT IST GENUG DA

Das Gerede über „die Arbeit geht uns aus“ ist manipulativ. Nicht die Arbeit geht uns aus, sondern für gesellschaftlich notwendige Arbeit, die nicht ausreichend Profit bringt, werden keine Mittel zur Verfügung gestellt. Gerade Frauen sind vom Problem der Arbeitsüberlastung besonders betroffen. Denn sie sorgen unentgeltlich für Angehörige, Nachbarn und FreundInnen.

Um Profite zu erhöhen, werden die bezahlte Lohnarbeit intensiviert, Zeitflexibilität eingefordert, Arbeitszeit verlängert und Samstags- und Sonntagsarbeit verstärkt eingeführt. Das alles und die Anforderung, örtlich flexibel zu sein, stehen im Widerspruch zur weiblichen Lebensrealität. Diese Arbeitsbedingungen machen krank. Immer häufiger sind wir mit Krankheitsformen wie Burnout oder psychischer Erschöpfung konfrontiert. Mobbing und sexuelle Belästigung sind keine Ausnahmeerscheinungen im Arbeitsleben. Der Druck, die Angst und die

Perspektivlosigkeit in einer verrohten Arbeitswelt bringen immer mehr Menschen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Viele gehen trotz Krankheit zur Arbeit. Die Konkurrenz unter den Beschäftigten, Abteilungen und Betrieben wird geschürt. Wer nicht mithalten kann, wird „aussortiert“.

## BILDUNGSPOLITIK IM WIDERSPRUCH

Bildung, die von Geburt an als Anspruch gelten muss, ist eine Voraussetzung für berufliche Chancen und persönliche Entwicklung. Von der Bildungs- und Ausbildungspolitik hängt es unter anderem ab, welchen Platz Frauen und Männer im gesellschaftlichen Leben einnehmen.

Der Interessensgegensatz zwischen der profitorientierten Wirtschaft und dem Individuum wird immer stärker. In der kapitalistischen Gesellschaft geht es nicht um Bildung im klassischen Sinn. Humanisierung der Gesellschaft ist kein Ziel, denn sie lässt sich für die herrschende Klasse nicht bewerten und verkaufen.

Es zählt vor allem Ausbildung, die für die Erwerbsarbeit brauchbar macht und die das Kriterium für den Zugang zum Arbeitsmarkt ist. Berufliche Perspektiven und Aufstiegschancen sind eng verbunden mit Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten. Die „Doppelbelastung“ der Frauen führt zu einem unfreiwilligen „Verzicht“ bei der innerbetrieblichen Fort- und Weiterbildung. Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen,

die nachmittags, abends oder am Wochenende stattfinden, sperren Frauen häufig aus. Oftmals werden bei solchen Angeboten Männer bevorzugt.

## SCHULE ALS ORT DER BILDUNG

Der formale Bildungszugang ist für Mädchen und Buben gleich. Heute gibt es mehr weibliche als männliche MaturantInnen. Diese „weibliche Bildungsoffensive“ hat aber nicht dazu geführt, die Hierarchisierung zwischen Frauen und Männern zu beseitigen. Geringe oder gar nicht bewertete Qualifikationen, unverändert geringere Berufschancen und Bezahlung der weiblichen Berufstätigen sind nach wie vor an der Tagesordnung. Neben dem sozialen und kulturellen Milieu des Elternhauses, dem gesellschaftlichen Umfeld, dem ethnischen Status, den individuellen Fähigkeiten und Bildungsinteressen und dem regionalen Angebot an Bildungseinrichtungen sind auch die Kosten für Bildung für den Schulerfolg ausschlaggebend.

Die öffentlichen Ausgaben für Lehr- und Lernbehelfe, Schulbücher, Nachmittagsbetreuung, BegleitlehrerInnen und andere Schulangebote werden gekürzt oder gestrichen. Eltern müssen zunehmend diese Leistungen aus ihrer eigenen Tasche finanzieren oder SchülerInnen werden durch Firmen-Sponsoring den Werbezwecken der Konzerne ausgeliefert. Kürzungen bei der SchülerInnenfreifahrt und die Kosten für private Nachhilfe erschweren Eltern mit einem geringen Einkommen

die Finanzierung der Ausbildung ihrer Kinder. Das Streichen von Stipendien sowie die Einhebung von Studiengebühren schaffen die Voraussetzungen für eine neue Bildungselite, zu der ökonomisch Benachteiligte keinen Zugang haben. Die von konservativen Kräften vorangetriebene Elitenbildung spaltet die Gesellschaft und vergibt die Chancen auf Erneuerung.

Die gegenwärtige Bildungspolitik orientiert sich am Konkurrenzdenken, an Leistungsgruppen in differenzierter Spielart statt an der einheitlichen Gesamtschule mit polytechnischer Ausrichtung. Das entspricht dem Verwertungsbedürfnis des Kapitals, das einerseits ungelernete, anlernbare und billige Arbeitskräfte braucht, die je nach Wirtschaftslage flexibel abgerufen oder zurückgestellt werden können, und andererseits nach hochqualifizierten, differenziert ausgebildeten Fachkräften verlangt. Hinter dem Begriff Begabtenförderung verbirgt sich in Wirklichkeit eine Elitenauslese, die vorrangig in privaten kostenpflichtigen Bildungseinrichtungen stattfindet. Zugleich wird im öffentlichen Bildungsbereich gekürzt.

## GLEICHE CHANCEN IM BERUF

Die im familiären und gesellschaftlichen Umfeld verinnerlichte Geschlechterrolle und mangelnde Informationen über Berufsfelder führen dazu, dass der Großteil der Mädchen traditionelle Frauenberufe wie z.B. Friseurin, Verkäuferin, Kinderpädagogin

oder Lehrerin ergreift. Noch dazu, weil sie in „traditionellen Männerberufen“ nur ungern aufgenommen werden und es schwer haben, sich durchzusetzen. Hinzu kommt der Mangel an Lehrstellen: Selbst wenn Mädchen sich für einen „typischen Frauenberuf“ entscheiden, fehlt oftmals ein entsprechender Ausbildungsplatz.

Berufsfelder mit Zukunftschancen liegen vorrangig im Bereich der wissenschaftlich-technischen Umgestaltung. Zwar ergreifen immer mehr Frauen die Möglichkeit, sich Zutritt zu bisher männlich dominierten Arbeitstätigkeiten zu verschaffen, die neuen Technologien für qualifizierte Berufslaufbahnen zu nutzen und die Neuerungen einem kritisch-weiblichen Blick zu unterziehen. Dennoch ist dieser Bereich noch immer männlich dominiert. Die gläserne Decke zu durchbrechen, wird nur einigen „Vorzeigefrauen“ ermöglicht.

Obwohl heute signifikant mehr Frauen als Männer ein Studium abschließen, erweist sich der Universitätsbetrieb immer noch als Männerdomäne: Halb so viele Frauen wie Männer hatten 2012 eine AssistentInnenstelle an einer Universität. Weniger als ein Drittel der ProfessorInnen sind Frauen. Auch der Bereich der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien ist nach wie vor von Männern dominiert.

Durch die budgetären Kürzungen an Schulen und Hochschulen haben sich die Lern- und Studienbedingungen massiv verschlechtert. Sichtbar wird das in überfüllten Klassen und Hörsä-

len einerseits und Arbeitslosigkeit von LehrerInnen und Hochschulpersonal andererseits. Dazu kommt eine verstärkte Abhängigkeit von Privatkapital durch den Zwang zur Drittmittelfinanzierung. Dequalifizierung durch einseitig an den Interessen des Kapitals ausgerichtete Fachhochschulen und Kurzlehrgänge nimmt zu. Vor allem studierende Mütter haben es schwer, dem Leistungs- und finanziellen Druck standzuhalten.

Spezifische Frauenforschung findet fast ausschließlich in kleinen universitären Zirkeln statt und ist vom ständigen finanziellen Aushungern bedroht. Feministische methodische und erkenntnistheoretische Ansätze beeinflussen die allgemeine Wissensproduktion kaum. Nicht zuletzt wirken sich die universitären Sparmaßnahmen drastisch auf externe Lektorinnen aus, die den Großteil der universitären Lehre und Forschung mit frauenspezifischer Thematik bestreiten.

Auch Frauen mit Studienabschluss haben im Berufsleben bei gleicher Qualifikation geringere Chancen als männliche Studienkollegen. Der Prozentsatz der arbeitslosen Akademikerinnen ist doppelt so hoch wie der ihrer männlichen Kollegen.

## GELD IST GENUG DA

Noch nie wurden so viele Werte produziert wie heute. Aber der Reichtum ist ungleich verteilt. Die reichsten fünf Prozent besitzen 57,8 Prozent des Vermögens in Österreich, wohingegen die

finanzschwächsten 50 Prozent nur 2,2 Prozent des Vermögens besitzen. Wer die Krise und ihre Ursachen bekämpfen will, muss die Vermögenden höher besteuern und die Politik der Privatisierung, Deregulierung und der bedingungslosen Wettbewerbsorientierung stoppen und rückgängig machen.

Die große Mehrheit der Menschen braucht eine völlig andere Gesellschaft, in der nicht der Profit regiert, sondern die Bedürfnisse der Menschen. Dazu zählen Arbeit für alle mit guten Einkommen. Dies ist nur möglich, wenn Banken, Versicherungen und die Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der Daseinsvorsorge Allgemeinut sind. Mit dem damit gesellschaftlich erzeugten Reichtum können der allgemeine Wohlstand vermehrt, die Armut beseitigt und die materiellen und geistigen Ressourcen für soziale und umweltfördernde Maßnahmen, für Bildung, Kunst und Kultur verwendet werden.

## UNSERE ORIENTIERUNG

Das Recht auf existenzsichernde Erwerbsarbeit bleibt grundlegend und ist wichtige Voraussetzung für den Kampf um die Emanzipation der Frau. Wir treten ein für sinnvolle, qualifizierte und kollektivvertraglich gut abgesicherte Arbeitsplätze.

Wir fordern eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich sowie eine Neubewertung und gerechtere Aufteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeit. Dadurch könnten Vollzeit Arbeitsplätze mit existenzsichernden Löhnen und Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen geschaffen werden. Eine verringerte Arbeitszeit würde die Jobchancen für erwerbslose Frauen und Männer verbessern. Ein wichtiger Schritt wäre die 30-Stunden-Woche.

Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der Daseinsvorsorge gehören in die öffentliche Hand. Wir brauchen umfassende öffentliche Investitionsprogramme für den Ausbau kommunaler Infrastruktur, öffentlicher Verkehrsmittel, erschwinglicher Wohnungen sowie die Umsetzung von Umweltschutzmaßnahmen und von höheren Standards im Sozial- und Gesundheitswesen u.a.

Flächendeckende und qualitativ hochwertige ganztägig geöffnete kostenfreie elementar- und kinderpädagogische Einrichtungen und Ganztags- und Gesamtschulen mit kleinen Gruppen sowie Pflegeeinrichtungen mit qualifiziertem und tariflich gut bezahltem Personal sind dringend notwendig. Das trägt dazu bei, Mehrfachbelastungen zu mindern. Auch eine Teilung der Elternkarenz könnte die Situation von Frauen am Arbeitsmarkt verbessern.

Die Demokratisierung der Bildung ist eine Voraussetzung dafür; gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht sowie ihrer körperlichen und psychisch-mental Ausstattung, zu verwirklichen. Wir wollen, dass Bildung unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit zugänglich gemacht wird.

Wir brauchen Lern- und Organisationsformen, die individuelle Begabungen fördern und die Realisierung individueller Lebensentwürfe möglich machen. Dazu zählt eine geschlechtersensible Pädagogik. Dabei geht es nicht darum, Mädchen den Buben anzupassen oder Buben „weiblicher“ zu machen, sondern es geht darum, traditionel-

le Geschlechterrollen kritisch zu hinterfragen. Durch die bewusste Auseinandersetzung mit festen Vorstellungsklischees müssen Buben und Mädchen nicht mehr so sein, wie sie „zu sein haben“. Kinder sollen die Möglichkeit haben, sich unabhängig von Rollenvorstellungen entwickeln und entfalten zu können. Dadurch eröffnen sich ihnen neue Perspektiven, die Handlungsspielräume werden erweitert. Unabhängig vom Geschlecht werden Stärken und Interessen gefördert und gleichzeitig das Selbstwertgefühl gestärkt. Ziel ist die Autonomie der Geschlechter.

Wir fordern ein Bildungssystem, das auf einer einheitlichen Gesamtschule mit kostenloser Nachmittagsbetreuung beruht und zur ständigen Weiterbildung anregt. Es kommt nicht nur Mädchen aus sozial benachteiligten Verhältnissen zugute, sondern ALLEN Schülerinnen und Schülern.

Der Kampf um den freien Bildungszugang, um Ausbildungs-, Studien- und Arbeitsplätze, die Organisierung von Widerstand gegen die restriktive Sparpolitik an den Schulen und Hochschulen erfordert unsere Solidarität. Wir halten einen umfassenden Ausbau bezahlter Fort- und

Weiterbildung während der Arbeitszeit nach individuellen Bedürfnissen und Interessen für unabdingbar. Eine öffentlich finanzierte außerbetriebliche Erwachsene Bildung, die weiterführende Berufswege eröffnet, muss für alle gewährleistet werden.

Insbesondere für MigrantInnen sind leistbare Schul-, Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten, die über die obligatorischen und kostenpflichtigen Deutschkurse hinausreichen, eine existenzielle Notwendigkeit.

## KAPITEL 3

# VOM SOZIALEN RISIKO, FRAU ZU SEIN

Der Neoliberalismus verspricht den Menschen, dass es alle schaffen können, ganz nach oben zu gelangen, zumindest aber ein gutes Leben zu führen, wenn sie nur tüchtig und zielstrebig genug sind, wenn sie lernen, sich den Anforderungen der Märkte anzupassen. Geschwiegen wird über die ungleichen Voraussetzungen je nach Herkunft und Geschlecht.

In der gesellschaftlichen Praxis hat sich an der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung kaum etwas zum Positiven

geändert. Sie strukturiert die Arbeitsmärkte nach weiblich und männlich dominierten Branchen, sie befestigt die gläsernen Decken, die nur gelegentlich Sprünge aufweisen. Den Kern bildet dabei die einseitige Zuweisung der Hausarbeit an Frauen.

Während die Produktion und Verteilung der Waren und Dienstleistungen gesellschaftlich organisiert sind, wird die Wiederherstellung der Arbeitskraft – individuell und über die Generationen – größtenteils im privaten Bereich ge-

leistet. Dennoch ist auch diese Reproduktionsarbeit Teil der kapitalistischen Ausbeutung, denn solange sie hauptsächlich unentgeltlich geleistet wird, bleiben die Kosten der Arbeitskraft für das Kapital entsprechend niedriger. Die Zuweisung von unentgeltlichen, privat erbrachten Arbeiten an Frauen, etwa die Pflege kranker oder alter Familienangehöriger, die Versorgung und Betreuung von Kindern und die Organisation von Haushalt und Erholung spiegeln patriarchale Traditionen und kapitalistisches Nutzenkalkül wider.



Gesellschaft und Staat ziehen sich immer weiter aus der sozialen Verantwortung zurück. Die Zerstörung sozialstaatlicher Absicherungen und Infrastrukturen findet unter neoliberalen Druck beschleunigt statt und wirkt sich auch auf die Verhältnisse zwischen den Geschlechtern aus. Traditionelle Rollenbilder wirken fort und führen zu beschränkten Möglichkeiten für Frauen. Aber auch Männer müssen sich diesen Vorstellungen unterordnen und sind dem schamlosen Konkurrenzkampf aller gegen alle ausgeliefert.

Es geht uns nicht um die Durchsetzung einer „Halbe-Halbe“-Politik im Haushalt, sondern generell um die Neubewertung und Neuorganisation der Reproduktionsarbeit. Diese sollte zunehmend durch gesellschaftliche Maßnahmen von den Schultern der Frauen abgenommen werden.

## **PATRIARCHALE STRUKTUREN**

Auch wenn sich das Rollenverständnis der Geschlechter in den vergangenen Jahren gewandelt hat und Männer sich – zaghaft, aber doch – dem Reproduktionsbereich widmen, heißt die gesellschaftliche Norm noch immer: Männer schalten sich freiwillig und nach eigenem Ermessen ein. Sie sind aber von der Verantwortung für die Kindererziehung und die alltäglichen Hausarbeiten prinzipiell entlastet und können daher ihren beruflichen Verpflichtungen mehr Zeit, Einsatz und Kontinuität widmen. Eine Wiederbelebung konservativer Werthaltungen begleitet diese

Tendenz ideologisch. Biedermeierlich anmutende Wünsche und Hoffnungen auf ein gelingendes Familienleben treffen sehr oft auf die entzauberte Realität deregulierter und prekärer Arbeits- und Lebenssituationen.

Aber nicht nur die einseitige Zuständigkeit für Hausarbeit, sondern auch die Gleichsetzung von biologischer und sozialer Mutterschaft konstruieren jene „familiären Verpflichtungen“, die Frauen am Arbeitsmarkt benachteiligen. Frauen können im Beruf oft nur mit großer Disziplin, ausgeklügeltem Zeitmanagement, der Unterstützung durch private Netzwerke und persönliche Abstriche jenes Durchsetzungs- und Beharrungsvermögens und jene Flexibilität und Mobilität aufbringen, die in der kapitalistischen Konkurrenz verlangt werden.

Viele Frauen flüchten aus der entfremdeten Erwerbsarbeitswelt in den häufig als ganzheitlich empfundenen Familien- und Reproduktionsbereich, den sie losgelöst von gesellschaftlichen Voraussetzungen als ihren Machtbereich empfinden, in dem sie selbstbestimmt handeln können. Spätestens dann, wenn diese als vorübergehende Lebensphase gedachte Situation in die erwerbsmäßige Sackgasse führt, wird die Abhängigkeit schmerzhaft deutlich. Armut ist oft die Konsequenz.

Die Forderung nach gesellschaftlichen Lösungsansätzen für familiäre Arbeit bedeutet für uns nicht die Auflösung von Intimität und persönlichen Beziehungen, sondern bessere Möglich-

keiten für deren Entfaltung. Fakt ist, dass gesellschaftliche Probleme nicht individuell, sondern eben nur gesellschaftlich gelöst werden können. Die Entlastung von Hausarbeiten schafft Bedingungen für die Intensivierung von Beziehungen, den Ausbau freundschaftlicher Kontakte, für gesellschaftliche, politische und kulturelle Aktivitäten.

## **HAUSARBEIT, PARTNERSCHAFT, ARBEITSTEILUNG**

Hausarbeit ist gesellschaftlich notwendige Arbeit. Sie dient der Wiedherstellung der menschlichen Arbeitskraft, der Erziehung der kommenden Generation. Zur Reproduktion bedarf es nicht nur bestimmter Lebensmittel, Infrastrukturen und Dienstleistungen, sondern auch einer entsprechenden Freizeitgestaltung für körperliche und geistige Erholung. Das emotionale Wohlbefinden des (Ehe-)Mannes und anderer Familienangehöriger sowie die psychische Stabilität der Familie fallen üblicherweise in die weibliche Zuständigkeit. Dieser Aufwand an weiblicher Beziehungsarbeit wird als selbstverständlich wahrgenommen.

Der Inhalt der Hausarbeit ist abhängig von der Klassenzugehörigkeit, der Familiengröße, von regionalen Besonderheiten. Niveau und Umfang der Hausarbeit werden von wirtschaftlichen Gegebenheiten einer Gesellschaft, ökonomischen Ressourcen der Privathaushalte und dem politischen Kräfteverhältnis bestimmt.

Im Haushalt werden Gebrauchswerte für den Eigenbedarf hergestellt. Da die Hausarbeit nicht für den Markt erzeugt, gilt sie nach der kapitalistischen Verwertungslogik als nicht produktiv. In einer Gesellschaft, in der sich jede Wertschätzung an Geldwerten orientiert, wird auch der Wert der Arbeitskraft an der Höhe der Bezahlung gemessen. Da Hausarbeit zum allergrößten Teil unentgeltlich geleistet wird, erscheint sie nicht als „richtige Arbeit“. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung weist Frauen jene Tätigkeiten zu, die sich ständig wiederholen und „unsichtbar“ sind – Kochen, Putzen, Waschen usw. Sie dennoch als befriedigend zu erleben, gilt als „natürliche Eigenschaft“ der Frauen. Ihre eindeutige Zuständigkeit dafür wird über die Sozialisation vermittelt und von vielen Frauen selbst verinnerlicht. Auch Frauen, die berufstätig sind, können oft bestenfalls auf eine Mithilfe des (Ehe-) Mannes rechnen.

Trotz steigender Verwendung technischer Geräte im Haushalt darf nicht übersehen werden, dass vor allem in den „Industrieländern“ neue Anforderungen entstanden sind. Höhere Ansprüche an die Hygiene, neue Tätigkeiten (z.B. Müllsortierung und -beseitigung, gesunde Ernährung, Wissensaneignung über schädliche Inhaltsstoffe bei Lebens- und Reinigungsmitteln), der Versuch, ethische und ökologische Ansprüche beim Konsumieren einzulösen, eine Fülle von neuen Herausforderungen im Zusammenleben mit Kindern, aber auch sich ändernde individuelle Bedürfnisse wirken einer

effektiven Reduzierung der Haushaltstätigkeiten entgegen.

Nicht zuletzt führen Verschlechterungen in der Krankenversorgung oder im Pensionssystem dazu, dass Pflegearbeiten wieder verstärkt im privaten Haushalt geleistet werden. Dabei greifen finanzkräftige Haushalte häufig auf die Unterstützung durch Migrantinnen zurück, die meist unter prekären Bedingungen leben und auf diese Beschäftigungen angewiesen sind. Für einen überwiegenden Teil älterer Menschen ist jedoch aufgrund ihrer finanziellen Situation eine optimale Versorgung im Pflege- und Gesundheitsbereich nicht gegeben (Zwei-Klassen-System).

Der Pflegenotstand in Österreich hat auch zu einem „Brain-drain“ geführt: Qualifiziertes medizinisches Personal aus anderen EU-Ländern wird zu Dumpingpreisen für die Rund-um-die-Uhr-Pflege unserer Pflegebedürftigen angeworben. In ihren Herkunftsländern fehlt dieses Fachpersonal. Und nicht selten arbeiten Akademikerinnen aus den östlichen Nachbarländern in österreichischen Haushalten als Putzfrauen. Der Begriff „Doppelbelastung“ vermag die unterschiedlichen – auch gegensätzlichen – Anforderungen nicht zu erfassen. Frauen sollen im Erwerbsleben Durchsetzungsvermögen zeigen, unentgeltlich in persönlichen Beziehungen in der Familie „selbstlose Liebe“ schenken. Diese ganz verschiedenen Handlungsanforderungen rufen hohe Belastungen hervor. Zudem wird den Frauen Beziehungsarbeit nicht nur im familiären Bereich, sondern in

wechselseitiger Abhängigkeit auch in beruflichen und in allen anderen gesellschaftlichen Tätigkeiten abverlangt. Frauen sind also nicht genauso wie Männer unterdrückt und noch zusätzlich belastet, sondern ihre Unterdrückung ist von anderer Qualität.

## GEWACHSENE ANSPRÜCHE

Die politischen und diskursiven Erfolge der Frauenbewegungen, steigende Berufstätigkeit und wachsende Qualifikation haben das Bewusstsein von Frauen verändert. Frauen stellen höhere Ansprüche an partnerschaftliche Beziehungen: Anerkennung, liebevoller Umgang, geistiger Austausch und erfüllte Sexualität werden als Bedürfnisse formuliert. Mangelnde sozialökonomische Absicherung, Stress, übermäßiger Kräfteverschleiß und Entfremdung der Gefühle stehen in Widerspruch zu diesen Ansprüchen und bilden den Hintergrund für aufreibende Konflikte. Das gesellschaftlich propagierte Ideal einer lebenslangen Ehegemeinschaft ist brüchig geworden. Fast jede dritte – und im städtischen Bereich jede zweite – Ehe wird wieder geschieden.

Ein neues Selbstverständnis vor allem junger Frauen, die auf die Erfüllung ihrer Ansprüche nicht verzichten wollen, steht in Widerspruch zu den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Der Anteil an Frauen, die sich unter diesen Bedingungen freiwillig oder unfreiwillig für ein Leben als Single und bewusst für Kinderlosigkeit entscheiden, ist angewachsen. Da viele ausschließlich



über prekäre Beschäftigungsverhältnisse ihre Existenz sichern können, wächst das Risiko der Armutgefährdung und sozialen Ausgrenzung.

Der gesellschaftliche Wandel betrifft auch die Haltung zu Kindern. Größer werdende Teile der Bevölkerung gehen stärker auf kindliche Bedürfnisse ein, lehnen autoritäres und gewalttätiges Verhalten ab und befürworten eine neue, bewusste Vaterschaft. Trotzdem übernehmen Väter bei der Beschäftigung mit Kindern meist jene Tätigkeiten, die Spaß machen – Spielen, Sporteln – (durchschnittlich täglich eine halbe Stunde), während den Müttern die Versorgungs- und Betreuungsarbeit (täglich im Schnitt eineinviertel Stunden) bleibt. Keine Spur also von „Halbe/Halbe“: Die zaghaften Ansätze eines veränderten Rollenverhaltens erfahren im Zeichen der neuen zeitökonomischen Bedingungen, unter denen Erwerbsarbeit geleistet wird, sogar einen Rückwärtstrend.

Nicht alle „neuen Väter“ wollen die tatsächliche Übernahme von Verantwortung in der Betreuung von Kindern. Einige von ihnen vertreten nicht selten rückwärtsgewandte biologistische Ideologien: Das „Recht auf das eigene Fleisch und Blut“ artet bei Trennungen von Eltern mitunter in Machtkämpfe um das Kind aus, in welchen die biologistische Vaterschaft über die soziale Verantwortung gegenüber dem Kind gestellt wird. Die Kämpfe um das väterliche Sorgerecht werden oft aus finanziellen Erwägungen geführt, um Alimentationszahlungen zu entgehen.

## FAMILIE IM WANDEL

Vor allem die „Neue Frauenbewegung“ machte darauf aufmerksam, dass Buben und Mädchen in der Familie sehr unterschiedlich sozialisiert werden. Mädchen werden darauf vorbereitet, in die traditionelle Rollenverteilung einzuwilligen. Die traditionelle Familie ist immer noch ein Ort weiblicher Unterdrückung und Fortschreibung von Herrschaft von Generation zu Generation. Die Befreiung der Frau und die Entwicklung ihrer eigenständigen Persönlichkeit ist ohne Befreiung vom traditionellen Familienbild nicht denkbar. Die traditionelle Familie – Mann-Frau-Kind(er) – wird immer seltener. Es gibt wachsende Scheidungsraten, eine steigende Zahl alleinerziehender Eltern, vor allem Frauen, und neue Partnerschaftsmodelle. Dennoch orientieren sich Sozialversicherungs-, Tarif- oder Arbeitszeitgestaltungen zum Teil nach wie vor am männlichen Familienernährer-Modell.

Soziale, politische und Arbeitsfragen können nicht voneinander getrennt diskutiert werden, ebensowenig Individuum und Gesellschaft. Statt Probleme zu individualisieren, muss die gesellschaftliche Verantwortung gestärkt werden.

## FAMILIENPOLITIK UND KINDERBETREUUNG

Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern sind massiv von Armut bedroht. Noch stärker als die Kinderzahl wirkt sich jedoch aus, ob nur

ein Einkommen zur Verfügung steht oder beide PartnerInnen berufstätig sind und wie hoch deren Einkommen ist. Es liegt also auf der Hand, dass eine entsprechende Lohn- und Arbeitsmarktpolitik die beste „Familienpolitik“ wäre. Im Widerspruch dazu stehen sinkende Lohnquote und steigende steuerliche Belastungen der einzelnen Haushalte. Das von konservativen Kräften verfolgte steuerliche Ehegattensplitting würde eine Belohnung für den Verzicht – der Frauen – auf Erwerbstätigkeit bedeuten, die zudem an die Männer ausbezahlt würde.

## KINDERBETREUUNG AUCH IM 21. JAHRHUNDERT UNBEFRIEDIGEND

Ansätze, wie das verpflichtende Kindergartenjahr im 5. Lebensjahr des Kindes – das ja auch die Verpflichtung der Kommunen bedeutet, entsprechende Plätze und ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung zu stellen – gehen in die richtige Richtung, lösen aber viele drängende Probleme nicht.

Die gesellschaftliche Bewertung der Tätigkeit von Menschen – fast ausschließlich Frauen – die außerfamiliäre Kinderbetreuung leisten, ist eine Zumutung. Die Entlohnung dieser anspruchsvollen und verantwortungsvollen Arbeit und die allgemeine Anerkennung liegen unter den meisten „männlichen“ Erwerbsarbeiten. Vergleicht man beispielsweise die Entlohnung eines Automechanikers mit der einer Kindergartenpädagogin, muss

man sich fragen: Sind Autos wichtiger als Kinder? Bei solchen „typisch“ männlichen und weiblichen Berufen sieht man, wie die Entlohnung der Diskriminierung folgt, nicht der Bedeutung der Tätigkeit.

Dazu kommen Arbeitsbedingungen mit viel zu großen Kindergruppen und allzu oft in Räumlichkeiten, die für die Betreuung von kleinen Kindern nicht geeignet sind. Zehntausende Frauen in ganz Österreich können wegen fehlender Kinderbetreuungseinrichtungen nicht berufstätig sein.

## EIN KREISLAUF VON DISKRIMINIERUNGEN

Die Verpflichtung der Frau für die Familie, begründet mit ihrer angeblichen wesensmäßigen Andersartigkeit, dient der Aufrechterhaltung von Eigentums- und Machtstrukturen. Das bürgerliche Familienmodell dient dem Profitinteresse des Kapitals, gesellschaftlich notwendige Arbeit zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft weitgehend unentgeltlich abschieben zu können. Von Beginn an befand sich die konservative Familienideologie durch die Beschränkung der Frau auf die Familie im Widerspruch zu jenen ökonomischen Interessen des Kapitals, welche weibliche Arbeitskräfte nach Bedarf in der Produktion und im Dienstleistungsbereich flexibel einsetzen wollen.

Dieser Widerspruch wird in unserer Gesellschaft durch eine staatliche Familienpolitik abgedeckt, die sich tendenziell nach den konjunkturellen

Schwankungen richtet und ein Spannungsfeld für politische und ideologische Kämpfe erzeugt.

Die politischen und sozialen Grundlagen jeder Form von Familienleben werden durch den neoliberalen Umbau der Gesellschaften unterminiert. Die Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse erfasst zunehmend auch die männerdominierten Branchen des Arbeitsmarktes. Überarbeitung und Erwerbsarbeitslosigkeit wechseln sich ab. Die geforderte totale Flexibilität bei der Suche nach Erwerbsarbeit und im Arbeitsprozess, steigende Mobilitätsanforderungen und befristete Mietverträge machen es schwer, private und familiäre Netze zu knüpfen und zu pflegen.

Der Alltag von Alleinerziehenden und Patchwork-Familien ist, wenn alles halbwegs funktionieren soll, mit besonders großen Anspannungen und Organisations- und Moderationsaufwand verbunden. Auch dieser wird in der Regel von Frauen eingefordert.

## EIN NEUER ANLAUF ODER ALTERSARMUT?

Für viele Frauen eröffnen sich in der Zeitspanne zwischen 40 und 60 Jahren neue Freiräume: Die Kinder sind selbstständig, Frauen können sich nun voll auf ihren Beruf konzentrieren. Versuchen Frauen, nach einer Familienphase wieder in den Beruf einzusteigen, bieten sich ihnen zu wenige Möglichkeiten, ihre Fähigkeiten zu entfalten. So gibt es z.B. vielfach bereits Bereiche, in

denen Frauen – unabhängig von ihren Bildungsvoraussetzungen und Qualifikationen - kaum mehr Vollzeitarbeitsplätze vorfinden. Ob Handelsangestellte mit Lehre oder Beschäftigte im Gesundheits-, Sozial- oder Erwachsenenbildungsbereich mit universitärem Abschluss, die Grenzen sind mit vorgegebenen Teilzeitjobs klar gesetzt und tragen zu Existenzgefährdung bei. Ein „verpasster Anschluss“ zwingt überdies viele Frauen zu Hilfstätigkeiten.

Darüber hinaus sind Frauen oft in dieser Lebensphase von Altersdiskriminierung betroffen. Am Arbeitsmarkt gelten weibliche Arbeitskräfte vielfach schon ab 35 als „alt“ und werden abgewertet und ausgegrenzt. Sie bleiben, weil Arbeitsplätze fehlen, von ihrem Mann abhängig und unfreiwillig vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen.

Die Erwerbsarbeitslosigkeit älterer Frauen steigt in erschreckendem Ausmaß. Dennoch werden die Möglichkeiten für Frühpensionierungen bei langer Arbeitslosigkeit oder Krankheit sukzessive erschwert bzw. abgeschafft. Außerdem wurde die stufenweise Anhebung des gesetzlichen Pensionsalters für Frauen auf 65 Jahre fixiert. Ständig wird Druck ausgeübt, diese Verschlechterung baldmöglichst umzusetzen.

Die systematische Diskriminierung der Frau setzt sich im Pensionsalter fort. 2014 waren rund 70 Prozent der BezieherInnen der Ausgleichszulage weiblich. Frauen stellen das Gros der MindestsicherungsempfängerInnen.

Die durchschnittliche Pensionshöhe bei den ASVG-Versicherten lag im Jahr 2012 bei männlichen Pensionisten 60 % über jener von Frauen. In allen Bezugsvarianten ist die Schere zwischen Männer- und Frauenpensionen nach wie vor gravierend. Längere und künftig lebenslange Durchrechnungszeiträume für die Pensionsbemessung haben eine weitere Senkung der Frauenpensionen zur Folge, die durch die Anrechnung von Zeiten für die Kindererziehung nicht entsprechend ausgeglichen werden.

Die Gewährung der Ausgleichszulage hängt neben der Pensionshöhe auch – wie der Anspruch auf Notstandshilfe oder Mindestsicherung – vom Haushaltseinkommen ab. Wenn also das Haushaltseinkommen den Richtwert übersteigt, verliert die Frau trotz Kleinstpension auch diesen Anspruch. Da für viele Frauen die Eigenpension so gering ist, verhindert die (inzwischen ebenfalls umstrittene) Witwenrente lediglich das Absacken unter das Existenzminimum.

## TENDENZ ZUM AUSSCHLUSS

Dem weiblichen Diskriminierungskreislauf sind in besonderem Maß jene Frauen ausgeliefert, die der Verwertungslogik des Kapitals am wenigsten entsprechen. In einer Gesellschaft, in der der Profit oberstes Prinzip ist, gelten Behinderte als Arbeitskraft „minderer Güte“, von deren Beschäftigungsverpflichtung sich Betriebe durch einen Bagatellbetrag freikaufen können. Sie

sind Opfer von Kürzungsprogrammen (z.B. beim Pflegegeld), verfügen meist über wenig Geld und sind in ihren Teilhabemöglichkeiten eingeschränkt.

Frauen mit Behinderung sind häufig Opfer von Vergewaltigungen oder sexuellen Belästigungen. Noch immer sehen Ärzte und Ärztinnen unter Umständen ihre Sterilisation als selbstverständliches Verhütungsmittel an. In der bunten Warenwelt, die den KäuferInnen Jugend, Schönheit und sexuelles Glück verspricht, haben Menschen mit Behinderung, seelisch kranke, alte und abgearbeitete Menschen keinen Platz. Alle diese Gründe führen zu einer Tendenz des Ausschlusses in einer Gesellschaft, die Solidarität mit Benachteiligten als überholt betrachtet und sie ausschließlich karitativen Institutionen überlässt.

Entsolidarisierung prägt auch den Lebensalltag von MigrantInnen: Als billige Arbeitskraft einstmals gerufen, sind sie und ihre Kinder und Enkel heute oft Diskriminierung, ja Verfolgung und Menschenverachtung ausgesetzt.

## KAMPF UM DEN SOZIALSTAAT IN DER KRISE

Regierung, Industriellenvereinigung und Medien behaupten, dass die Staatsausgaben in den letzten Jahren explodiert seien und erklären den Menschen damit „notwendige“ Kürzungen bei Pensionen, im Bildungs-, Gesundheits-, Kultur- und Sozialbereich. Die Zahlen der Statistik Austria sprechen

jedoch eine andere Sprache: Tatsächlich „explodiert“ sind Dividendenausüttungen bzw. Gewinnentnahmen von Kapitalgesellschaften, während die Lohnquote, also der Anteil der Löhne und Gehälter an der Wertschöpfung, zurückgegangen ist. Besonders die unteren Einkommen haben in den letzten Jahren beträchtliche Reallohnverluste erlitten.

Es gibt keine differenzierte Auseinandersetzung um die Weiterentwicklung sozialer Standards mehr. Abwehrkämpfe gegen Verschlechterungen werden als Festhalten an Privilegien verunglimpft und Betroffene werden gegeneinander ausgespielt.

## UNSERE ORIENTIERUNG

Ziel muss die Beseitigung der ökonomischen Ungleichheit sein.

Wir setzen uns für die soziale Absicherung der Vereinbarkeit von Beruf und Reproduktionsarbeit ein sowie für eine Umverteilung und Neubewertung von Erwerbsarbeit und Familienarbeit zwischen den Geschlechtern. Längerfristig fordern wir, die Hausarbeit gut bezahlt zu vergesellschaften (z. B. flächendeckend Betriebskantinen, Kinderkrippen, Wäschereien).

Unterschiedliche Lebensformen (Wohngemeinschaften, Ehe und

Lebensgemeinschaften, gleichgeschlechtliche Paarbeziehungen, Singles, AlleinerzieherInnen u.a.) dürfen keine Diskriminierungen nach sich ziehen. Das Steuer- und Sozialrecht ist gegenüber allen Formen des Zusammenlebens neutral zu gestalten. Wir fordern eine individuelle Besteuerung und die Aufrechterhaltung des Systems der Pflichtversicherung.

Wir sprechen uns gegen eine Privatisierung der sozialen Vorsorge (Alters-, Gesundheits-, Pflege-, Arbeitslosen-, Unfallversicherung) aus. Sie darf nicht den Profit- und Spekulationszwecken von Versicherungsgesellschaften dienen, sondern muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen werden. Wir fordern deshalb einen kontinuierlichen Ausbau der sozialen Vorsorge.

Wohnen darf keine Ware, Wohnraum kein Spekulationsobjekt sein! Wir fordern den Ausbau des sozialen Wohnbaus, der ausreichenden Wohnraum für alle zu erschwinglichen Mieten sichern soll. Wir verlangen ein Verbot von Maklergebühren für Mieter und Mieterinnen und die Bekämpfung von Ablöseswucher. Der Explosion der Wohnkosten – sowohl der Mieten als auch der

Betriebskosten – muss durch klare gesetzliche Regelung zur Beschränkung entgegengetreten werden.

Der Ausbau und die Attraktivität von öffentlichen Verkehrsmitteln sind ein entscheidender Schlüssel für eine nachhaltige und ökologisch sinnvolle Entwicklung. Wir treten dafür ein, dass öffentliche Verkehrsmittel gratis genutzt und durch Umverteilung finanziert werden. Als ersten Schritt fordern wir eine Nahverkehrsabgabe von den Unternehmen, um den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs voranzutreiben.

Gerade die Belastungen und Zumutungen des Alltags vieler Frauen machen deutlich, wie drängend und dringend die Frage nach sozialer- und Existenzsicherheit gestellt werden muss. Wir unterstützen Forderungen, die Sozialleistungen zu erhalten, auszubauen und den Sozialstaat den Bedürfnissen von Frauen entsprechend umzugestalten und verteidigen alle bereits bestehenden Leistungen. Soziale Sicherheit muss durch Umverteilung von oben nach unten finanziert werden. Sowohl im Sinne der (Neu-)Verteilung von Zeit, Geld und Arbeit als auch gegen die wachsende Armut ist eine existenzsichern-

de Grundsicherung und eine den Neigungen und Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung notwendig.

Wir sind für die Inklusion von Menschen mit Behinderungen, für ihre Mitsprache und Mitentscheidung auf allen Ebenen; für eine Ergänzung des kausalen Unfall- und Behindertenrechts durch eine flächendeckende Pflegesicherung mit ausreichenden Geld- und Sachleistungen. Das Pflegegeld muss als Geldleistung bestehen bleiben und in seiner Höhe den jeweiligen Preissteigerungen in allen Konsum- und Verbraucherbereichen angepasst werden.

Wir verlangen eine in ganz Österreich geltende einheitliche Sozialgesetzgebung.

## KAPITEL 4

# FÜR EINE NEUE KULTUR DES ZUSAMMENLEBENS

Die Diskriminierung der Frau ist nicht auf gesellschaftliche Produktion und Familie beschränkt, sondern ist in allen kulturellen, ideologischen und religiösen Bereichen wirksam.

Im Begriff „Sexismus“ ist das ganze System von Vorurteilen, Herabwürdigungen und Benachteiligungen aufgrund des Geschlechtes inbegriffen. Sexismus ist vor allem ein Strukturmerkmal der Klassengesellschaft. Es geht vor allem darum, die Aufrechterhaltung von gesellschaftlichen Hierarchien zu rechtfertigen. Frauen werden in der

Gesellschaft oft mehrfach wegen ihres Geschlechts und je nachdem auch aufgrund ihrer Hautfarbe, Schichtzugehörigkeit, sexuellen Orientierung usw. in allen gesellschaftlich relevanten Zusammenhängen benachteiligt.

Die männliche Dominanz spiegelt sich in der Sprache wider: Frauen scheinen meist nicht auf, sie werden einfach männlichen Begriffen/Bezeichnungen untergeordnet.

Wertorientierungen werden durch sprachliche Formen/Attribute über-

mittelt. Sie stehen auch in enger Beziehung zur sozial-ökonomischen Struktur der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Dabei werden Arbeiten in wichtig und unwichtig eingeteilt. „Wichtigen Menschen“ muss „unwichtige Tätigkeit“ abgenommen werden. Letztere hat allerdings oft an sich, dass ohne sie gar nichts funktionieren würde. Es gilt, diese Strukturen zu brechen und für eine neue Kultur des Zusammenlebens einzutreten.

Sexismus schlägt sich unter anderem in der Geschichtsschreibung nieder.

## FORMEN DER GEWALT

Gewalt gegen Frauen ist alltäglich.

Frauen sind von Geburt an – je nach Klassenlage, nationaler Herkunft, religiösen Traditionen und kulturellem Umfeld - jeweils verschiedenen Formen von Gewalt ausgesetzt. Zwischen extremen körperlichen und subtileren Formen der psychischen und sozialen Gewalt besteht ein Zusammenhang.

Aspekte der Gewalt gegen Frauen sind oft derart in das „normale“ Denken und alltägliche Verhalten integriert, dass sie nicht mehr wahrgenommen werden. Aber patriarchale Macht und Kontrolle sind auch dort vorhanden, wo Frauen die männliche Vorherrschaft verinnerlicht haben und gar nicht in Frage stellen.

Ein Geflecht aus Geringschätzung weiblicher Leistungen, herabwürdigender Behandlung, sexistischer Witze, verbaler Obszönitäten, sexueller Belästigungen am Arbeitsplatz oder auf der Straße und struktureller Missachtung individueller Lebensplanung sind auch heute, nach Jahrzehnten feministischer und frauenpolitischer Bewusstseinsarbeit, wirksam und festigen Gewaltverhältnisse.

Auch in den eigenen vier Wänden, innerhalb der Familie, ist Gewalt häufig trauriger Alltag.

Vergewaltigungen sind männliche Machtmittel gegenüber Frauen. Gemäß dem Entwicklungsfonds der vereinigt-

ten Nationen für Frauen (UNIFEM) wird jede dritte Frau weltweit in ihrem Leben einmal vergewaltigt, geschlagen, zum Sex gezwungen oder auf andere Weise misshandelt. In Kriegs- und Krisengebieten sind Frauen besonders gefährdet. Vergewaltigung ist Teil der männlich geprägten Kriegsführung.

## DIE WIRKUNG DER BILDER

Die patriarchalen Bilder von Weiblichkeit und die herrschenden Vorstellungen über das Männliche prägen die Geschlechter. Daher rührt auch die ambivalente Einstellung vieler Frauen zu ihren geistigen Fähigkeiten, zu ihrer Körperlichkeit und Sexualität.

Obwohl gerade in der Werbung primitiver Sexismus weiterhin eine große Rolle spielt, tragen heute die Werbelinien von Plakaten einerseits und Produktwerbung in Fernsehen und Medien andererseits oft einem veränderten Frauenbild Rechnung. Nicht mehr die betuliche Hausfrau vergangener Zeiten, sondern die junge, gertenschlanke, mode- und selbstbewusste und offensichtlich kaufkräftige Konsumentin steht im Mittelpunkt.

Den Frauen wird eingeredet, ihr Aussehen als unverzichtbares Kapital für beruflichen Aufstieg und gesellschaftlichen Erfolg eigenverantwortlich managen zu müssen. An der neoliberalen Zurichtung der Körper verdienen Schönheitschirurgen, Kosmetik- und Pharmaindustrie, Hochglanzmagazine und Fernsehshows. Uns wird der nor-

mierte Körper einer entsolidarisierten Leistungsgesellschaft unter ständig wechselnden Schönheitsidealen so aufgezwungen.

In diesem Raster haben ältere Frauen keinen Platz. Mit zunehmendem Alter werden sie für die Öffentlichkeit unsichtbar. Sie werden in der gesellschaftlichen Kommunikation totgeschwiegen. Ihr Bild wird geprägt von der Werbung der Pharmaindustrie, wenn es gilt, Medikamente z. B. gegen Demenz oder Inkontinenz an die Frau zu bringen.

Zunehmend verschwimmen die Grenzen zwischen Werbung und Pornographie. Es geht uns nicht darum, die Darstellung von nackten Körpern oder von sexuellen Handlungen zu verhindern, sondern gegen die Entwürdigung der Frau und ihre Degradierung als Gratisbeigabe zu einer beliebigen Ware anzukämpfen. Die Inflation von (verdinglichter) Sexualität in Medien und Werbung mündet in der Selbstverständlichkeit des Sich-Verkaufen-Müssens: als Arbeitskraft wie auch als sexuelles Objekt. Neue Medien und Internetplattformen verführen vor allem junge Menschen zu unüberlegter Freizügigkeit und Preisgabe intimer Details, die unauslöschlich gespeichert werden und zu neuen Diskriminierungen bis hin zu Cybermobbing und Erpressungen führen können.

Der Kreislauf aus Anbieten und Konsumieren lässt die persönlichen Beziehungen nicht unberührt. Ökonomische Klassenrealität und hierarchische



Strukturen sind auch in privaten Bereichen wirksam. Besitzdenken, Angst vor Versagen, das Gefühl, auf dem Prüfstand zu stehen, zerstören das Selbstbewusstsein und stützen damit den Kapitalismus. Sie führen zur Perfektionierung der eigenen Verwertbarkeit für die herrschenden Interessen, zur Anpassung und damit zu einer defensiven Lebenshaltung.

Um die zerstörerische Wirkung der Bilder aufzuheben, muss man sich zu den eigenen Lebensbedingungen bewusst verhalten und als Person eine eigenständige Identität und ein kollektives Bewusstsein entwickeln.

Dazu bedarf es einer selbstbewussten und offensiven Lebenseinstellung. Diese ist Voraussetzung für eine aktive Teilnahme am politischen Leben. Sie setzt die Wertschätzung aller voraus, unabhängig von Konsumdenken, Wettbewerbs- und Verwertungslogik.

Anpassung bedeutet, an Unterdrückung teilzuhaben. Damit werden Verhältnisse reproduziert, in denen die Entwicklung des einen Menschen die relative Entwicklungslosigkeit des anderen zur Voraussetzung hat.

## FÜR DAS RECHT AUF SEXUELLE SELBSTBESTIMMUNG

Die Liberalisierung der Sexualität ermöglichte einerseits, freier und offener über weibliche Bedürfnisse zu sprechen. Andererseits brachte dieser Fortschritt auch neue Formen des Sexismus

mit sich: Massenhafte Vermarktung weiblicher Sexualität durch die Porno-Industrie.

Frauen begannen, das Recht zu beanspruchen, über den eigenen Körper zu verfügen und statt Anpassung eigene Lust zu erleben. Das Entdecken des eigenen Körpers brach mit Tabus und brachte Frauen ein neues Selbstverständnis. Die Ausrichtung eigener Bedürfnisse nach männlichen Wunschvorstellungen wurde hinterfragt.

Männer erkennen und wünschen zwar, dass Frauen Lust haben, sie bestimmen jedoch zugleich, gegebenenfalls subtil, wie ihre Lust auszusehen hat. Auf diese Art ist es schwierig, ein eigenes weibliches sexuelles Selbstverständnis zu entwickeln.

Von traditionellen Mann-Frau-Beziehungen ausgehende Denkmuster halten es für unnatürlich, dass Frauen im Mittelpunkt eines Frauenlebens stehen können. Die Ignoranz gegenüber lesbischer Liebe erzeugt in vielen lesbisch empfindenden Frauen das Gefühl, nicht „normal“ zu sein.

## SELBSTBESTIMMTE REPRODUKTION

Die Kirchenhierarchie betrieb über Jahrhunderte im Interesse der jeweils herrschenden Klasse eine ideologische Zurichtung der Bevölkerung. Geschlechtsverkehr durfte nur in der Ehe, und zwar ausschließlich zum Zweck der Fortpflanzung, stattfinden. Über Ehevorschriften zu wachen, das Ge-

schlechtsleben zu kontrollieren und Sinnlichkeit mit Schuld und Sühne zu beladen, verfestigte die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse.

Der Hexenwahn und die Hexenverbrennungen setzten auf brutalste Art feudale und kirchliche Machtverhältnisse durch und zementierten sie. Das hat hunderten Frauen über mehrere Jahrhunderte das Leben gekostet. Die Hexenverfolgungen dienten auch dem Aufbau einer neuen patriarchalen Ordnung. Die Körper der Frauen, ihre Arbeit und ihr reproduktives Vermögen wurden unter staatliche Kontrolle gestellt und in ökonomische Ressourcen verwandelt. Das Ziel der Hexenjagd bestand nicht darin, gesellschaftlich als solche anerkannte Verbrechen zu bestrafen. Vielmehr sollten bislang akzeptierte Praktiken und Gruppen angegriffen und durch Terror und Kriminalisierung aus der Gemeinschaft entfernt werden.

Die Kontrolle und Unterwerfung des Gebärvermögens der Frau bedeutet die Kontrolle über die Fortpflanzung der unterdrückten Klassen. Das Verbot von Verhütung und Abtreibung ist also eine Klassenfrage. Bis in die 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts waren jene Frauen, die in Österreich wegen eines illegalen Eingriffs vor Gericht standen, vorwiegend Arbeiterinnen, Küchengehilfinnen und Mägde.

Frauen haben stets abgetrieben, sei es aus persönlichen, finanziellen oder ökonomischen Gegebenheiten. Sie wurden in die Illegalität gedrängt und damit nicht selten in den Tod.



Deshalb ist die Fristenregelung von 1975 ein bedeutender Erfolg der Frauenbewegung, weil sie die Straffreiheit für einen Schwangerschaftsabbruch bis zum vollendeten dritten Monat brachte. Allerdings führen viele Spitäler bis heute keinen Schwangerschaftsabbruch durch und auch die Kostenfrage ist nach wie vor nicht gelöst.

Noch immer ist in Österreich ein Schwangerschaftsabbruch im Strafgesetz verankert. Die Fristenlösung gewährt lediglich Ausnahmen von einer Bestrafung und steht somit in einem strafrechtlich fragilen Raum. Rechtskonservative und klerikale Kreise haben sich nie mit der Fristenlösung abgefunden und setzen in Zeiten einer rechtskonservativen Wende erneut zu massiven Angriffen auf den Schwangerschaftsabbruch an, wie Beispiele aus den USA und Spanien, aber auch Österreich, zeigen. In finanziell aufwendigen Kampagnen werden Frauen terrorisiert, wird der Abbruch der Schwangerschaft mit Mord gleichgesetzt.

Je mehr der Fötus in den Rang einer eigenständigen juristischen Person erhoben wird, desto weniger wird die Frau als Subjekt geachtet. Damit wird ihr das Recht, über ihren Körper selbst zu bestimmen, streitig gemacht. Die Entscheidung der Frau, eine Schwangerschaft im Interesse ihrer Gesundheit oder Persönlichkeitsentwicklung abbrechen zu lassen, kann nur sie selbst treffen.

Mit der Verbreitung von neuen Verhütungsmitteln („die Pille“) erhielten

Frauen bisher unbekannte Möglichkeiten, ungewollte Schwangerschaften zu verhindern. Eine Welle sexueller Freizügigkeit - von manchen zunächst als „Revolution“ erlebt - brach mit Tabus (z.B. dem Jungfermythos). Die letztendliche Zuständigkeit für die Verhütung wird allerdings bis heute oft den Frauen zugewiesen.

## **GESCHLECHTERGE- RECHTE GESUNDHEITS- UND KRANKENVER- SORGUNG**

Gesundheit ist nicht nur die Abwesenheit von Krankheit. Gesundheit und Krankheit haben geschlechtsspezifisch unterschiedliche Bewertungen und Erscheinungsweisen. Über viele Jahrhunderte galt der menschliche Körper als männlich, an ihm wurde geforscht, experimentiert. Behandlungen von Krankheiten orientierten sich an maskulinen Sichtweisen. Die Medizin war Männerdomäne, Frauen wurden in Österreich erst ab 1900 zum Medizinstudium zugelassen. Klinische Studien oder Medikamente wurden die längste Zeit am jungen weißen männlichen Objekt ausgerichtet und getestet.

In den 1990er Jahren gewann mit frauenspezifischen Forschungsfeldern auch die Gendermedizin an Bedeutung. Dabei wurden interessante Erkenntnisse gewonnen. So etwa haben Frauen häufiger stumme Herzinfarkte als Männer, die Symptome zeigen sich hier bei Frauen anders und die Todesrate ist höher, Frauen leiden häufiger an Alzheimer- und Stoffwechselerkrankungen

und empfinden Schmerzen kürzer als Männer. Frauen haben durchschnittlich eine um fünfeinhalb Jahre höhere Lebenserwartung, Männer weisen eine dreimal höhere Selbstmordrate auf.

Diese Erkenntnisse dringen erst langsam ins öffentliche Bewusstsein: Neben den biologischen Unterschieden wie Körpergewicht oder Hormonhaushalt sind psychosoziale Faktoren ausschlaggebend für den Gesundheitszustand. Frauen haben andere Lebensrealitäten, ihr Stress unterscheidet sich von dem der Männer. Das männliche Rollenbild bewirkt, dass sich ihr Verständnis von Gesundheit in riskanterem Verhalten widerspiegelt, während Frauen Aggressionen eher nach innen wenden.

Das aktuelle Gesundheitssystem ist ein Zwei-Klassen-System. Es bevorzugt Menschen, die über größere ökonomische Ressourcen verfügen. Sie können sich eine bessere Behandlung „erkaufen“. Sehr häufig zählen Frauen aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation, aber auch aufgrund unbewusster geschlechtsspezifischer Vorurteile zu den Benachteiligten.

## **VOM AUFBRUCH DER FRAUENBEWEGUNG**

Die Frauenbewegungen entwickelten zu Beginn der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts eine neue Dynamik. Diesen Aufschwung bezeichnen viele als „Neue Frauenbewegung“, um auf die Unterschiede zur Frauenbewegung des vorvorigen und der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts hinzuweisen.

Es gibt aber auch Kontinuitäten dieser Bewegungen. Trotz der Polarisierung und Vereinnahmung der Frauen durch die Parteien nach 1945, führte eine mit der revolutionären ArbeiterInnenbewegung verbundene demokratische Frauenbewegung den Kampf um die Einheit der Frauen für ihre Rechte. Verbesserungen im Arbeits- und Sozialrecht, deren Untergrabung wir heute bekämpfen, konnten durchgesetzt werden (z.B. Mutterschutz-, Heimarbeits-, Familienrechts-, Gleichbehandlungsgesetz) und an den großen Friedensaktivitäten gegen Atomaufrüstung und Krieg waren maßgeblich Frauen beteiligt.

Neu an der „Neuen Frauenbewegung“ war allerdings das gewachsene Engagement von weiblichen Angestellten. Während der Hochkonjunktur in den 1960er Jahren stieg in den kapitalistischen Ländern die Berufstätigkeit der Frau deutlich an. Gleichzeitig drangen Frauen in alle Bereiche der Bildung vor, qualifizierten sich, eroberten neue Positionen. Im Aufbruch der antiautoritären StudentInnen-Bewegung begannen Frauen ihre eigene Situation kritisch zu überdenken und sich politisch zu äußern.

In den sozialistischen Ländern wurde bereits ab den 50er Jahren versucht, eine Frauenpolitik zu machen, die die soziale Ungleichheit zwischen Mann und Frau verringerte. Beispielsweise wurden bereits in der ersten Verfassung der DDR die Gleichberechtigung von Mann und Frau und das Recht auf Arbeit festgeschrieben. Auch der besondere Schutz der Frauen im Arbeits-

prozess, der staatliche Schutz von Mutterschaft, das gleiche Recht auf Bildung, gleicher Lohn für gleiche Arbeit und die gemeinsame Verantwortung von Mann und Frau für die Erziehung der Kinder erhielten Verfassungsrang. Damit war zwar ein gesetzlicher Grundstein für die gleichberechtigte Erziehung gelegt, ihrer Umsetzung standen jedoch größere Schwierigkeiten entgegen als ursprünglich gedacht, da die traditionelle familiäre Arbeitsteilung tief im Bewusstsein der Gesellschaft verankert war. Es zeigte sich, dass eine fortschrittliche Änderung von Gesetzen allein nicht automatisch das Verhalten der Menschen ändert. Dazu bedarf es weiterführender Maßnahmen, wie z. B. geschlechtersensibler Pädagogik. Ähnliche Gesetze wurden in Österreich erst später verabschiedet.

## GEMEINSAM SIND WIR STARK

Die Frauenbewegungen entzündeten sich an unerträglichen Diskrepanzen: Am schönen Schein der Konsumwelt gegenüber der banalen Wirklichkeit von Ausbeutung und Herabsetzung. „Gemeinsam sind wir stark“ lautete die Devise des Aufbruchs in den 1970er Jahren. Frauen erhoben Anspruch auf Freiheit und Selbstbestimmung. Sie wollten alles: Beruf und Liebe, Kinder und politische Verantwortung.

Während in der DDR schon Anfang 1972 die Schwangerschaftsunterbrechung innerhalb der ersten drei Monate erlaubt war und versicherungsrechtlich dem Erkrankungsfall gleichgestellt

wurde, formierte sich in Österreich die Frauenbewegung im breiten Protest gegen den Paragraph 144 („Abtreibungsparagraph“) und für die Forderung nach dem Recht der Frau auf Selbstbestimmung erst 1974.

In den 1980er Jahren entstanden in Österreich wieder politische Plattformen für den Internationalen Frauentag (8. März). Dieser war schon 1910 von der Kommunistin Clara Zetkin auf der 2. internationalen sozialistischen Frauenkonferenz gefordert und seit 1911 weltweit begangen worden. Durch zwei Weltkriege, den Faschismus, in dem das Bild der Frau als Mutter verherrlicht wurde, sowie durch das propagierte Ideal der Kleinfamilie in den 50er und 60er Jahren war der Kampf um die Rechte der Frauen in den Hintergrund gedrängt worden. Ziel des Internationalen Frauentags war – neben der Forderung des Frauenwahlrechts – von Anfang an die Gleichberechtigung der Frau auf allen sozialen und politischen Ebenen.

Später fanden sich aber auch andere gemeinsame Aktionsfelder, die dem praktischen Erfahrungsaustausch, der Frauenvernetzung und der theoretischen Diskussion dienten. Das bunte Bild der österreichischen Frauenbewegung reicht von autonomen Frauengruppen, feministischen Wissenschaftlerinnen, linken Katholikinnen bzw. Christinnen, Frauen aus Frauenhaus- und Frauenprojekten, der Lesbenbewegung bis hin zu Frauenfriedens- und Umweltgruppen, Frauenausschüssen von Parteien und Gewerkschaften,

Fraueninitiativen und -berufszusammenschlüssen, Frauenkultur-, Kommunikations- und Selbsterfahrungsgruppen und Frauen demokratischer Bewegungen.

Das gemeinsame Handeln von Frauen zeigte sich u. a. im Frauenvolksbegehren zur Gleichstellung von Frauen und Männern 1997 sowie bei der Frauentagsdemonstration der 10.000 Frauen in Wien 2011.

## WACHSENDE KONKURRENZ DURCH NEOLIBERALE STRUKTUREN

Noch ehe patriarchale Strukturen aufgebrochen werden konnten, entstanden für die Frauen ab Mitte der 1980er Jahre härtere Bedingungen. Arbeitslosigkeit, verschärfte Konkurrenz am Arbeitsmarkt, sexistische Medienstrategien, Privatisierungspolitik und konservative Familienideologien drängten die Frauenbewegung in Abwehrkämpfe. Antifeministische Strömungen lebten wieder auf und es kam zu einer Reprivatisierung der „Frauenfrage“.

Der Wettbewerb um beruflichen Zugang, Aufstieg und Anerkennung ließ Frauen in Konkurrenz zueinander treten und relativierte den Traum von Harmonie und Frauensolidarität. Die zum „Staatsfeminismus“ avancierten Frauenanliegen, die in Gleichbehandlungskommissionen, Frauenbeauftragten, Frauenministerinnen, Frauenreferaten usw. ihren Ausdruck fanden, standen in Konkurrenz zu autonomen Frauenprojekten, die nun in verstärk-

tem Maß um Finanzierung, also ums Überleben kämpften.

Unter dem Dogma des Neoliberalismus droht nun bereits Er kämpftes weitgehend wegzubrechen. Bezeichnend dafür ist, dass die bereits gesetzlich verankerten Fortschritte in sozialistischen Ländern nach Scheitern des Realsozialismus und der Rückkehr des Kapitalismus großteils geschleift wurden. Beispielsweise hatten in der DDR berufstätige Mütter ein Recht auf kürzere Wochenarbeitszeiten und längeren Jahresurlaub.

Der ökonomische und soziale Druck nimmt weiter zu, und Vorstellungen von einem eigenständigen Leben rücken für viele in weite Ferne. Die Konkurrenz unter Frauen wird zur Stabilisierung des neoliberalen und patriarchalen Systems benutzt.

## FRAUEN ZU BEGINN DES 21. JAHRHUNDERTS

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts drohen bereits erkämpfte Rechte von Frauen verwässert und der Lächerlichkeit preisgegeben zu werden. Frauenreferate als Ausdruck von Demokratiebestrebungen geraten aufgrund der erstarkenden neoliberalen Machtverhältnisse immer stärker unter Druck. Feministische Forschung dringt zwar in die etablierte Wissenschaft vor, läuft allerdings Gefahr, durch Gendermainstreaming in die Beliebigkeit abzugleiten. Quotierte Personalentscheidungen in Politik und Wirtschaft, einst als berufliche Ein- und Aufstiegshilfen

gedacht, werden als unsinnig dargestellt und von manchen Frauen selbst abgelehnt: Der patriarchal geschürte Makel, eine „Quotenfrau“ zu sein, trübt den Blick für tatsächliche Leistung. Der geschlechterquotierte Zugang zu Arbeitsplatz, Wirtschaft und Politik, gesellschaftlicher und häuslicher Arbeitsteilung darf nicht verunglimpft werden. Er ist ein brauchbares Instrument gegen weibliche Benachteiligungen. Versuche, einen kämpferischen Feminismus zur Beliebigkeit zu verharmlosen und seine Inhalte konsumgerecht zu verwischen, sind an der Tagesordnung.

Dennoch: Die Arbeit in Frauengruppen und -projekten hat viele Frauen verändert und ihren Blick für Demokratie und Selbstbestimmung geschärft. So leicht sind diese Erfahrungen nicht wegzuwischen. Eine neue Qualität in der Zusammenarbeit von Frauen ist entstanden und sie formiert sich um sozialökonomische Forderungen, die eine Durchbrechung neoliberaler Konzepte verlangen.

## UNSERE ORIENTIERUNG

Wir wollen die gleichberechtigte Teilnahme aller Menschen an gesellschaftlichen Entwicklungen, an einer Gesellschaft, in der Menschen nicht aufgrund ihres Geschlechts, ihrer sozialen oder nationalen Herkunft, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer

Sprache oder Hautfarbe eingeschränkt, ausgegrenzt oder diffamiert werden.

Die Forderung der sozialen Gleichheit ist die Forderung nach Abschaffung der Klassen.

Wir sagen rechtsradikalen, klerikalen und neoliberalen Angriffen auf unsere sozialen Rechte und unsere Würde als Menschen den Kampf an.

Wir kämpfen für eine befreite, solidarische, emanzipierte Gesellschaft mit internationalistischem Charakter, für eine Gesellschaft, in der jede und jeder nach ihren/seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen frei leben kann.

Wir fordern die wirkliche Gleichberechtigung der Geschlechter, die nur möglich ist, wenn die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse restlos beseitigt sind.

Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abzuschaffen und in eine klassenlose Gesellschaft voranzuschreiten, ist unser erklärtes Ziel.

Wir fordern eine geschlechtergerechte Sprache und eine Geschichtsschreibung, die die Frauen gleichberechtigt berücksichtigt.

Wir unterstützen lesbische Frauen, Intersexuelle und Transgender-Personen im Kampf gegen Diskriminierungen und in der freien Entscheidung für ein sexuelles Selbstverständnis.

Wir fordern, dass die eigenständige Entscheidung von Frauen, eine Schwangerschaft abbrechen zu lassen, nicht nur straffrei gestellt, sondern rechtlich abgesichert wird und dass die Abtreibung versicherungsrechtlich dem Erkrankungsfall gleichgestellt wird. Ein freier Zugang zu sicheren und legalen Schwangerschaftsabbrüchen muss in allen Bundesländern gewährleistet werden.

Wir fordern ein geschlechtergerechtes Medizinverständnis und eine medizinische Behandlung in den Gesundheits- und Vorsorgeeinrichtungen und den Arztpraxen, die geschlechtsspezifische Unterschiede berücksichtigen. Die Forschung und Herstellung von Medikamenten muss geschlechtergerecht ausgerichtet sein.

Wir fordern mehr Kassenverträge für Frauenärztinnen.

Wir treten gegen alle Formen physischer und psychischer Gewalt gegen Frauen auf und fordern die bessere finanzielle

Unterstützung von Organisationen und Initiativen, welche die Verhinderung von Gewalt zum Ziel haben.

Wir treten gegen Sexismus in allen Lebensbereichen auf (z.B. in der Werbung oder am Arbeitsplatz). Verstöße sollen nicht nur Geldbußen nach sich ziehen, sondern strafrechtlich geahndet werden.

## KAPITEL 5

# FRAUENKAMPF IM SPANNUNGSFELD POLITISCHER INTERESSEN

Die Frauenbewegung hat das Leben von Frauen und Männern verändert. Die Entschiedenheit, mit der Frauen auftraten, um für ihre Rechte zu kämpfen, setzte alle politischen Strömungen unter Zugzwang, ihr Verhältnis zur sogenannten Frauenfrage neu zu bestimmen.

Während des Aufschwungs der Frauenbewegung konnten wichtige Reformen – z.B. die Fristenlösung, Änderungen im Familienrecht, vor allem aber gesetzliche Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen – durchgesetzt werden, ebenso Errungenschaften in der Familienpo-

litik und in der sozialen Situation von Frauen. Nachfolgende Generationen hatten und haben deshalb andere Lebensvorstellungen und Realitäten als ihre Elterngeneration.

Gleichzeitig sind die erkämpften Rechte aber auch immer wieder bedroht. Aktuell werden unter neoliberalen Vorzeichen Möglichkeiten für Frauen rückgängig gemacht und das Frauenressort in der Regierung abgewertet. So gibt es kein reines Frauenministerium mehr wie noch in den 90er Jahren. Frauenprojekte werden ausgehungert beziehungsweise gestrichen.

### **DIE DISKUSSION UM QUOTIERUNGEN**

Da trotz formaler Gleichberechtigung Frauen in vielen gesellschaftlichen Bereichen unterrepräsentiert sind, haben Frauenbewegungen die Forderung nach Quotierungen in verschiedenen Formen erhoben.

Die Politik in Österreich ist nach wie vor Männerdomäne, was klar ersichtlich ist, wenn man sich dazu den Anteil weiblicher Abgeordneter im Nationalrat, den Landtagen und die Anzahl an Bürgermeisterinnen anschaut. Die Tatsache, dass sich Frauen auf vielfältige

Weise engagieren, aber in den Gremien nicht entsprechend vertreten sind, zeigt, dass gegen sie besondere Ausschlussmechanismen wirken.

Frauen stellen im Land die Mehrheit der Bevölkerung. Wenn aber Frauen in den etablierten politischen Gremien unterrepräsentiert sind, werden dort Lebenszusammenhänge von Frauen kaum erfasst. Wichtige frauenpolitische Anliegen finden keine Mehrheiten oder kommen erst gar nicht zur Sprache.

Deshalb tritt die KPÖ für eine 50-Prozent-Quotierung bei allen KandidatInnenlisten für politische Vertretungen ein und setzt dieses Prinzip auf ihren eigenen Listen durch das sogenannte Reißverschluss-System um.

Kommt es durch das Fehlen von Kandidatinnen zu einem Bruch dieses Systems, ist dies keineswegs gewollt. Es soll uns als Ansporn dienen, künftig noch bessere Strukturen und Rahmenbedingungen zu schaffen, die es Männern und Frauen in gleichem Maße ermöglicht, für ein politisches Amt zu kandidieren.

Die mangelnde Repräsentanz von Frauen in Berufen und Positionen abseits des Niedriglohnssektors ist eine Folge geschlechtsbezogener Diskriminierung. Wir sehen deshalb die Einführung von Frauenquoten im Arbeitsleben als Schritt in die richtige Richtung zur Gleichstellung von Frauen und Männern. Die Anzahl von Frauen wird durch eine Quote erhöht und dadurch kommt ein langfristiges Umdenken bezüglich Leistungen von Frauen im Beruf zustande, wie Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern zeigen. Zudem entstehen weibliche Vorbilder in traditionell männlich dominierten Berufen und Branchen für Mädchen. Ein Grund für die große Einkommensschere zwischen Männern und Frauen ist die Tatsache, dass Berufe,

die vorwiegend von Frauen ausgeübt werden (im Sozialbereich, im Gesundheitsbereich, im pädagogischen Bereich etc.), schlechter entlohnt werden. Eine gleichmäßige Repräsentanz von Männern und Frauen würde die Einkommensschere zwischen den Geschlechtern verringern.

Wir wissen, dass Quoten kein Allheilmittel sind, sondern immer in Zusammenhang mit anderen fortschrittlichen Forderungen betrachtet werden müssen. Deshalb ist für uns Kommunistinnen und Kommunisten die Forderung von Frauenquoten nur ein Puzzlestein in der Entwicklung eines emanzipatorischen Gegenkonzeptes zum herrschenden System.

## DAS SELBSTVERSTÄNDNIS DER KPÖ

Wir kämpfen für die Verbesserung unserer Lebensrealitäten. Daher fordern wir eine andere Gesellschaft, in der der Kapitalismus überwunden ist und Frauen ökonomisch befreit sind.

Ein erster Schritt dahin ist ein progressiver Sozialstaat. Kurz- und mittelfristig geht es darum, den Sozial- und Bildungsabbau zu stoppen, Teuerung und Lohnkürzungen einzudämmen. Grundsätzlich aber brauchen wir eine völlig andere Gesellschaft, in der nicht der Profit regiert, sondern die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt stehen.

Ein nächster Schritt zu einer anderen Gesellschaft ist der Sozialismus. Er ist nicht frei von Herrschaft, aber es herrscht nicht mehr eine Minderheit über die Mehrheit, sondern die übergroße Mehrheit der Menschen bestimmt die Geschicke der Gesellschaft<sup>2</sup>.

Die traditionelle Vorstellung von Gleichberechtigung in einem System der Unterdrückung

<sup>2</sup>siehe S. 10 Kurzfassung

übersieht, dass patriarchale Strukturen Männer privilegieren, aber auch deformieren. Im Sozialismus ist nicht automatisch die Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen aufgehoben.

Kommunismus schließlich nennen wir eine klassenlose, gänzlich ausbeutungsfreie und herrschaftslose Gesellschaft. Sie ist unser langfristiges Ziel. Dieses Ziel zu erreichen, wird unsere Herausforderung für die Zukunft sein.

Der Kampf für Frauenrechte und für eine Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt leben können, braucht eigene Räume, Ressourcen und finanzielle Mittel. Wir KommunistInnen arbeiten mit anderen Organisationen, Bewegungen und Initiativen zusammen, suchen den Erfahrungsaustausch und vernetzen uns.

## MARXISMUS - FEMINISMUS

Der Mensch kann sich nicht aussuchen, in welche Rahmenbedingungen er hineingeboren wird.

Der Marxismus als radikale Theorie und Praxis will alle gesellschaftlichen Verhältnisse umwerfen, „in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Marx). Die KPÖ lehnt Vorstellungen und Konzepte ab, die einseitig den Geschlechterkampf als Schwarz-Weiß-Schema auffassen und Machtstrukturen der Gesellschaft, die sozial-ökonomische Entwicklungen und politische Herrschaftsformen au-

ßer Acht lassen. Pauschale Angriffe auf Männer schlechthin und allgemeine Verdächtigungen sind zwar verständlich, grenzen aber jene aus, die gemeinsame Ziele verfolgen, und entlasten nicht zuletzt das Patriarchat als Herrschaftsform. KommunistInnen versuchen, in den Geschlechterverhältnissen die Klassenfrage aufzuzeigen, und in den Klassen die Beziehungen der Geschlechter herauszuarbeiten.

Im Gegensatz zu bürgerlichen Familienideologien erkannte die revolutionäre Arbeiterbewegung in der weiblichen Berufsarbeit eine emanzipatorische Voraussetzung für die ökonomische Unabhängigkeit der Frau und ihre soziale Gleichheit mit dem Mann. Die Überbelastung der erwerbstätigen Frau sollte durch die Vergesellschaftung der Reproduktions- und Hausarbeit wegfallen. Aus dieser richtigen Perspektive wurde eine widersprüchliche kapitalistische Vergesellschaftung, in der Leistungen bezahlt werden müssen wie z.B. Gasthäuser statt Betriebskantinen, kostenpflichtige statt kostenlose Kinderbetreuungseinrichtungen. Die massenhafte Produktion von Haushalts- und Konsumgütern schafften zwar Freiräume, befreiten die Frauen aber dennoch nicht von der Verantwortung für den Reproduktionsbereich.

Die feministischen Bewegungen haben den Blick für die gesamte gesellschaftlich notwendige Arbeit geöffnet, indem sie das Thema Haus-, Reproduktions- und Familienarbeit in die Diskussion gebracht haben. Bis heute ist es so, dass es Arbeit gibt, die von mehr als

der Hälfte der Bevölkerung erbracht und nicht wertgeschätzt wird.

Frauen müssen zu politisch Handelnden werden. Denn wenn wir uns nicht selbst befreien, gewinnen wir auch keine Freiheit und kein selbstbestimmtes Leben. Wenn sich Frauen nicht ausreichend gegen repressive Strukturen wehren, sie diesen oftmals zustimmen, produzieren sie dadurch ihre eigene Unterdrückung mit.

Feminismus bedeutet nicht, dass Frauen die Macht übernehmen. Feminismus ist eine Bewegung, die das Ziel verfolgt, die Unterdrückung von Frauen aufzubrechen, um ein gleichberechtigtes Dasein von Frauen und Männern zu schaffen.

Es ist unerlässlich, für konkrete Verbesserungen im Leben der Frauen auf dem Boden des Kapitalismus zu kämpfen, auch wenn die Unterdrückung hier nicht endgültig überwunden werden kann. Erst der Sozialismus schafft die Voraussetzungen dafür, die Unterdrückung des Menschen durch Menschen abzuschaffen. Ein Automatismus besteht dabei allerdings nicht. Auch im Sozialismus werden „Muttermale der alten Gesellschaft“ (Marx) vorhanden sein, gegen die beständig weiter vorgegangen werden muss.





## UNSERE ORIENTIERUNG

Wir streben die Überwindung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung in der Produktion und im Bereich der Reproduktion an. Die Vereinbarkeit von Beruf und Beziehungs- und Hausarbeit soll für beide Geschlechter ermöglicht werden.

Wir fordern die Abschaffung der systematischen Unterdrückung der Frauen und die Beseitigung männlicher Privilegien. Wesentlich dafür ist gesellschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln, das demokratisch durch die Bevölkerung kontrolliert wird.

In Leitungen aller Ebenen soll eine 50%ige Vertretung von Frauen erreicht werden. Bei der Nominierung zur Wahl für öffentliche Vertretungskörper gilt das Reißverschlussprinzip. Kann dieses Ziel nicht erreicht werden, ist eine Überprüfung vorzusehen. Denn auch in der KPÖ gibt es sexistisches Verhalten und traditionelles Denken.

Als KPÖ setzen wir uns zum Ziel, in unseren Publikationen auf geschlechtergerechte Formulierungen zu achten, denn es gilt, Frauen und Männer auch vermittelt über die Sprache in ihren unterschiedlichen Rollen

und Aufgaben in unserer Gesellschaft sowie ihren unterschiedlichen Lebenssituationen und daraus resultierenden Problemen gleichermaßen zu benennen. Frauen sollen nicht nur „mitgemeint“, „hinzugedacht“ oder in eine Fußnote verbannt, sondern der Situation entsprechend direkt angesprochen und sichtbar gemacht werden. Es gibt viele verschiedene Möglichkeiten, wie dieses Anliegen Berücksichtigung finden kann – z.B. die Doppelnennung, die Verwendung des großgeschriebenen „I“ oder geschlechtsneutrale Formulierungen.

## STÄRKE DURCH FRAUEN-SOLIDARITÄT

Frauensolidarität ist Teil des Selbstverständnisses der KPÖ. Sich positiv aufeinander zu beziehen und einander anzuerkennen, ist unser Anspruch.

Wir verbinden die persönliche Betroffenheit und unser politisches Handeln mit dem Interesse, die Gesellschaft zu analysieren und zu verändern. Dabei versuchen wir, uns eine ganzheitliche Sichtweise auf die gesellschaftlichen Verhältnisse zu erarbeiten und in unserer gemeinsamen politischen Praxis zur grundlegenden Ver-

änderung der Gesellschaft beizutragen. Die Erfahrungen unterschiedlicher Generationen, von Frauen und Männern in verschiedenen Lebenszusammenhängen, Berufen und familiären Situationen sind uns eine wertvolle Bereicherung und werden auf Augenhöhe ausgetauscht und beachtet.

Wir KommunistInnen haben das Verständnis, dass Politik nicht für Frauen entwickelt werden muss, sondern Frauen Politik machen. Auch wenn heute viele Frauen mehr zu verlieren haben als nur ihre Ketten, haben wir noch immer gemeinsam eine ganze Welt zu gewinnen, in der jede und jeder etwas nach seinen Fähigkeiten beiträgt und an der alle nach ihren Bedürfnissen teilhaben.

# IMPRESSUM

**INHALT:** **KPÖ STEIERMARK**  
LAGERGASSE 98A, 8020 GRAZ  
[www.kpoe-steiermark.at/frauen.phtml](http://www.kpoe-steiermark.at/frauen.phtml)

**ILLUSTRATIONEN:** JUDITH RESSLER

**LAYOUT & SATZ:** KRISTINA KURRE

**DRUCK:** DRUCKWERK, GRAZ



